

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 27. Oktober 1894.

Inserats die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Es ist schwer, Mensch zu sein!

In Nr. 14 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ wurde unter der Überschrift „Der Kampf gegen die Gewerkschaften“ das Vorgehen des Breslauer Regierungspräsidenten gegen die Arbeitervereinigungen besprochen. Dasselbe hatte den Zweck, durch Erklärung aller möglichen und unmöglichen Dinge zu „politischen und öffentlichen Angelegenheiten“ den unteren Verwaltungsbehörden die Möglichkeit in unbefränktem Maße zu eröffnen, die verhassten Arbeiterorganisationen zu vernichten; dieses Vorgehen des Breslauer Regierungspräsidenten erschien darum noch nicht in schönerem Lichte, daß es eine Sammlung von Gerichtsurtheilen zur Grundlage hatte.

Nach Breslau folgte Chemnitz und das übrige Sachsen. Hier hat man nicht einmal mehr eine „sachliche“ Zusammenstellung nötig, da man an dem Vereinsgesetz, dem „sächsischen Juwel“, wie es unsere Genossen in Sachsen mit grimmigem Humor nennen, völlig ausreichende Handhabe zur Durchführung aller Vernichtungspläne gegenüber den Arbeiter-Organisationen besitzt. Nach unserer Ansicht, daß der Staat des Volkes wegen da ist und nicht umgekehrt, bedarf es überhaupt keines Vereinsgesetzes; was notwendig ist, ist nicht ein Machtinstrument für die Behörden gegen einen Theil des Volkes, ist nicht eine Beschränkung der elementarsten bürgerlichen Rechte, sondern die verfassungsmäßige Gewährleistung des Vereins- und Versammlungsrechtes gegen die Behörden. So ist es in der demokratischen Schweiz und so sollte es heute in jedem Staate sein, der als „modern“ und als „Kulturstaat“ gelten will. Was die Geschichte auf jedem ihrer Blätter zeigt und lehrt, ist nicht ein Mißbrauch der Rechte durch ein Volk — wir können uns einen solchen „Mißbrauch“ gar nicht denken — sondern sind die ärgsten Mißbräuche, welche die Behörden mit den ihnen vom Volke verliehenen Rechten getrieben haben.

Das sächsische Vereinsgesetz stammt aus dem Jahre 1850, ist heute also 44 Jahre alt. Ob es damals notwendig war, sei hier nicht untersucht, offenbar bestand dafür keine Nothwendigkeit. Aber geben wir in Rücksicht auf die in Monarchien selbst bis in die radikalsten Arbeiterkreise hinein oft vorhandenen seltsamen Anschauungen über die Volksrechte jene Nothwendigkeit zu, so kommen wir bei einem Vergleich der heutigen mit der damaligen Zeit dazu, zu sagen, daß heute für ein Vereinsgesetz, namentlich für ein solches, wie das sächsische ist, nicht nur keine Nothwendigkeit besteht, sondern, daß es auf der ganzen Linie zu einem Hinderniß für Ausübung eines bringenden bürgerlichen Bedürfnisses geworden ist. Wenn man einem 44-jährigen Menschen noch immer die Kleider und Schuhe aus seinem ersten Jahre anziehen wollte, würde dies von Andern mit Recht als eine Verächtlichkeit

erklärt. Für das Volk aber hält man die Gesetze der ersten konstitutionellen Jahre nach 44 Jahren noch immer für recht und passend. Unter dem Titel „Staatsweisheit“ und „Klassenherrschaft“ werden die ärgsten Thorheiten und Ungerechtigkeiten lange Zeit verübt, die im gewöhnlichen Leben in's Gefängniß oder in's Irrenhaus führen würden.

In unserer durch allgemeine Interessenvereinigung und Vertretung charakterisirten Zeit ist jedes die Vereinigung und Versammlung hindernde, erschwerende oder gar verunmöglichende Gesetz eine von oben praktizirte Vergewaltigung der nicht zu den Machthabern gehörenden Bürger. Und diese Vergewaltigung ist um so härter und das Rechtsbewußtsein schwer verlegend, wenn sie nur einer bestimmten Klasse von Bürgern gegenüber geltend wird, während die andere Klasse alle Freiheit genießt. Das ist nun heute der Fall, aber nicht bloß in Sachsen, sondern in ganz Deutschland; wir erinnern nur an Bayern, Sachsen-Weimar, Hamburg, Preußen, Mecklenburg usw.

In Chemnitz ist die Polizei in erster Linie gegen die Organisationen der Metallarbeiter und Textilarbeiter vorgegangen, nachdem sie vorher unter geradezu lächerlichen, den gesunden Menschenverstand verhöhrenden Vorwänden zahlreiche Turn- und Gesangsvereine der Arbeiter aufgelöst hat; allerdings sind diese Auflösungen nicht von der Chemnitzer Polizei allein verfügt worden, sondern auch in übrigen Sachsen erfolgt. Vermag man die rechtliche und sittliche Empörung über das polizeiliche Vorgehen zurückzubringen, so kann man die „Begründung“ der Verbote und Auflösungen insüßig finden. Die Chemnitzer Amtshauptmannschaft verblet öffentliche Versammlungen der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, weil deren Zweck war, die Versammlungsbesucher zum Beitritt in den Textilarbeiter-Verband aufzufordern — erstes furchterliches Staatsverbrechen. Der Textilarbeiter-Verband steht nämlich hinsichtlich seiner Gliederung in Filialen und Zahlstellen mit dem „sächsischen Juwel“, dem Vereinsgesetz von 1850 in Widerspruch — zweites Staatsverbrechen. Die nun vorgenommene Statutenänderung, wonach bei gesetzlichen Hindernissen von der Errichtung von Zahlstellen abgesehen und nur ein Vertrauensmann bestellt werden soll, stempelt die Chemnitzer Polizei zu einer „Umgehung des Gesetzes“ — drittes Staatsverbrechen — weil auch der Vertrauensmann „gegliedert“ ist, nein, eine Ortsverwaltung repräsentirt, welche die Mitgliederbeiträge erhebt, einen Theil derselben sogar für eigene Zwecke zurückbehält, das Vereinsorgan vertritt usw. und hinter welcher eine Mitgliederhaft steht, die eigene Versammlungen abhält, Wahlen vornimmt und insbesondere den Vertrauensmann selbst ernennt.“ Einer „solchen“ Organisation anzugehören, ist aber nach dem „Juwel“ unstatthaft resp. strafbar — viertes Verbrechen — und

darum auch die Aufforderung zum Beitritt ein Verbrechen, weshalb keine Versammlung, in welcher dieses Verbrechen begangen werden könnte, erlaubt werden darf. Die Chemnitzer Amtshauptmannschaft — der Herr Hauptmann heißt Dr. Kumpelt — hat die ihr unterstehenden Gemeindevorstände in einer Verfügung, die obige Ausführungen enthält, aufgefordert, in dieser „lokalen“ Weise gegen die Arbeiter zu verfahren, was die Herren Vorstände sächsischer Kouleur sich gewiß nicht zweimal sagen lassen.

In gleicher Weise wurde gegen die Metallarbeiter vorgegangen und eine Anzahl Filialen und Einzelmitgliedschaften — der einzelne Metallarbeiter ist allerdings noch nicht aufgelöst worden, aber vielleicht kommt es noch — aufgelöst, weil in ihren öffentlichen Versammlungen öffentliche und politische Angelegenheiten erörtert wurden, weil diese Versammlungen sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt haben, weil der § 2 der Statuten des Metallarbeiter-Verbandes und die denselben beigedruckten Verhaltensmaßregeln bei Arbeitseinstellungen und ferner die vom Verbandsverbreteten Flugblätter, sowie die Verhandlungen der Würzener Konferenz über den Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung hinausgehen, gleichzeitig aber auch hinsichtlich ihrer „Gliederung“ in Widerspruch mit dem „sächsischen Juwel“ stehen.

Das „Sozialpolitische Zentralblatt“ schrieb dazu: „Eine Fortsetzung dieser sächsischen Polizeipraxis gegen reine Gewerkschafts-Organisationen muß zum offenen sozialen Kriege führen.“

Auf diese treffliche Bemerkung fanden die arbeiterfeindlichen Staats- und Gesellschaftsretter in Chemnitz sich veranlaßt, in der amtlichen „Leipziger Zig.“ eine „Rechtfertigung“ vom Stapel zu lassen. In derselben wird schlankweg ohne jeden Beweis von „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ geredet, von „politischer Agitation der Gewerkschaften im Sinne der Sozialdemokratie“ und als über den Rahmen des im § 152 der Gewerbeordnung gegebenen Koalitionsrechtes hinausgehend bezeichnet die Bormahme statistischer Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zc., Regelung des Verkehrs- und Herbergswesens, unentgeltlicher Rechtschutz bei gewerblichen Streitigkeiten, die Unterhaltung und der Vertrieb eigener im partypolitischen Sinne wirkenden Verbandszeitschriften.

Das „Sozialpolitische Zentralblatt“ bestreitet in seiner Erwiderung auf die famose „Rechtfertigung“ mit Recht, daß erstere, unbewiesene Behauptungen zutreffend seien und daß die angeführten Bestrebungen über den Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung hinausgehen und bemerkt weiter wörtlich dazu: „Lohnkämpfe ohne solche organisatorische Vorbereitungen würden zu anarchistischen Putzungen und plötzlichen Hungerrevolten führen und man muß sich füglich wundern, daß ein „nigl. sächsisches

Amtshauptmannschaft die Arbeiter indirekt auf einen solchen Weg führt. Die Besonnenheit der Arbeiter sichert uns allerdings glücklicher Weise vor solchen Folgen. Die Konsequenzen des von der Behörde jetzt neu eingenommenen Standpunktes sind also nicht weniger eigenthümlich, wie die „Begründung“, mit welcher sie ihre Maßnahmen zuerst versah. Es läge im allgemeinen Interesse, wenn diese sachlichen Auseinandersetzungen dazu beitragen, daß die sächsische Behörde auf Maßregeln Verzicht leistete, die durch Gesetze nicht zu rechtfertigen sind und nur den praktischen Erfolg haben können, die Arbeiter von geordneter organisatorischer Arbeit zu tumultuariösen Ausbrüchen ihrer Verbitterung zu treiben.“

Nach der bekannten Intervention eines Stuttgarter Vorstandsmitgliedes bei der Chemnitzer Polizei gerübt diese nun gnädigst zu gestatten die Einzelmitgliedschaft mit einem vom Vorstande eingesetzten Bevollmächtigten oder Vertrauensmann, dessen Thätigkeit sich auf Entgegennahme der Beitrittsklärung, der Beiträge, der Auszahlung des Mitgliedsgebühres und Zustellung des Verbandsorganes an die Einzelmitglieder und auf die Vermittlung des Verkehrs der Einzelmitglieder mit dem Verbandsvorstand beschränkt. Zu allem Ueberflus bei dieser Fesselung hat der Vertrauensmann sich noch für jede einzelne Handlung vom Verbandsvorstand Ermächtigung geben zu lassen. Wie sich bei solcher raffinierten polizeilichen Einschünkung jeder Vereinsthätigkeit die Gewerkschaftsbewegung in Sachsen entwickeln und gestalten soll, ist uns zur Zeit noch ein unlösbares Räthsel, dessen Lösung dadurch keineswegs erleichtert wird, daß die Einzelmitglieder zwar Versammlungen abhalten, in denselben aber nur Verbands-Angelegenheiten erörtern dürfen.

Unter solchen Umständen ist es, wie wir in unserer Ueberschrift sagen, wirklich schwer, Mensch zu sein, aber auch schwer, einzelnes Verbandsmitglied oder gar Vertrauensmann zu bleiben, denn es sollte uns wundern, wenn nicht in kurzer Zeit die neue Hege gegen diese „Kumpel“ von Gewerkschaftsorganisationen losgehen sollte; unseres Erachtens ist es fast unmöglich, daß Einzelmitglieder und Vertrauensmänner selbst beim besten Willen die ihnen künstlich gezogene „gesetzliche“ Schranke nicht verletzen. Nun wir wollen abwarten und das Beste hoffen.

Aber den Hintergrund der widerlichen Hege gegen den „Umsturz“ zeigt uns das sächsische Beispiel. Die „Frankfurter Zeitung“ hat es offen ausgesprochen: Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist es, worauf es die Hauptschreier in allererster Reihe abgesehen haben. Daß sie daneben noch den einen oder andern Vortheil anderer Art verfolgen, auch zum Theil wenigstens die Befriedigung ihrer oder anderer Leute persönlicher Gefühle gegen den Grafen Caprivi im Auge haben, soll damit selbst-

verständlich nicht in Abrede gestellt werden.

Gegenüber dem Hass und der blinden Wuth der Unternehmer, der besitzenden und herrschenden Klassen einschließlich der Behörden gegen die Arbeiterorganisationen ist es nicht ohne Interesse, daß der Majoritätsbericht der englischen Arbeiter-Kommission feststellt, daß von Unternehmern wie von Arbeitern die Ueberzeugung ausgebrückt werde, daß gute Beziehungen zwischen den beiden Klassen in demselben Maße zu überwiegen beginnen, in dem die Organisationen stärker, leistungsfähiger und verantwortungsvoller werden. „Die Erfahrung solcher Industrien, welche einen hohen Grad der Organisation erreicht haben, scheint gewöhnlich die zu sein, daß die an Streitigkeiten reichste Zeit eines Gewerbes die sei, in welcher es den patriarchalischen Zustand abzuwerfen beginnt, in dem der Unternehmer ohne irgend welche Einmischungen von außen sein Unternehmen und seine Arbeiter beherrscht, während das andere Stadium noch nicht erreicht ist, in dem zwischen starken Vereinigungen unter gegenseitiger Anerkennung Verhandlungen gepflogen werden.“

„Der nationalliberale Nationalökonom, Prof. Dr. v. Philippowich, schließt eine Artikelserie zur Besprechung des englischen Kommissionsberichtes in der Wiener „Neuen freien Presse“ mit folgenden Sätzen:

„Es ist aus dem Vorhergehenden wohl ersichtlich, daß auch in England die Arbeiterverhältnisse noch in vieler Hinsicht einer Verbesserung bedürfen, daß eine weitgehende Freiheit der Arbeiter, sich zu organisieren, daß ausgebreitete und erbitterte Kämpfe mit den Unternehmern nur einen Theil der Arbeiterklasse emporgehoben, aber auch das Fundament der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung unberührt gelassen haben. Die Unternehmer sind in ihrer führenden und leitenden Stellung nicht verdrängt, sondern nur genöthigt worden, an die Stelle eines einseitigen Herrschaftsverhältnisses einen „Gesellschaftsvertrag“ zu setzen, wie sich der Majoritäts-Bericht mit einiger Ungenauigkeit ausdrückt; die Arbeiterklasse hat nicht Alles, aber liberaler da, wo sie gebildet, energisch und klug war, das wirtschaftlich Mögliche erreicht; die öffentliche Meinung endlich hat sich gewöhnt, in den hartnäckigen Forderungen der Arbeiter auf Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen nicht Anzeichen eines Geistes des Aufruhrs und der Empörung, sondern das berechtigte Streben zu erblicken, vorwärts zu kommen und von dem allgemeinen Fortschritt einen wachsenden Antheil zu erhalten. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die Arbeiterfrage in England sich unter dem Einflusse ernster Auseinandersetzungen und praktischer Versuche der Interessenten auf dem Wege eines stetigen Ausgleiches gegenüberstehenden Interessen weiter entwickeln wird. Vermuthlich wird dabei die „kollektivistische“ Idee stärker in den Vordergrund treten. Die Ergebnisse der Arbeiter-Kommission scheinen nur die Nothwendigkeit mehrfacher Staatseingriffe für England darzutun. Aber während bei uns die staatliche Einmischung aus traditionellen Vorstellungen von der Allmacht des Staates und keineswegs immer aus einer klaren Erkenntniß seines tatsächlichen Einflusses entspringt, wird dort die Staatsintervention als letztes Hilfsmittel in einem in allen Instanzen durchgefochtenen Streite angestrebt. Vielleicht wird England auf diese Weise dazu beitragen, empirisch die Grenzen der nützlichen Wirkungen des freien Privat-Interesses zu bestimmen.“

Soziale Schattenbilder.

Mit dem Beginn der trübten Herbsttage, die mit Sturm und Regen den Menschen zurückschrecken unter das schützende Dach, wird der Gedanke wieder auf die Armen und Elenden gelenkt, die um diese Zeit gezwungen sind, auf der Landstraße umherzuirren, um sich nach Arbeit oder einem armen Nest Speise umzusehen. Von den verschiedenen Klassen derer, die sonst die Landstraße bevölkerten, ist die Art der jungen Leute, die nach beendeter Beherzt zu ihrer Fortbildung und wohl auch etwas zum Vergnügen wanderten, die seltenste geworden. Diese Bessergestellten machen sich die verbesserten Verkehrsmittel zu nütze, und die ganze Gattung hat sich in Folge der Umgestaltung der Verhältnisse beträchtlich vermindert. So bleiben die Gesellen und Arbeiter, die von Ort zu Ort ziehen, um nach Arbeit zu fragen, und neben ihnen die, deren stiltliche Kraft durch Arbeitslosigkeit, Wandern und Betteln gebrochen ist, die zu Vagabunden herabgesunken sind. Die Schuld für dieses furchtbare Elend läßt sich einzeln nicht bemessen. Sie liegt in der Wirtschaftsordnung, die dem Arbeiter die Produktionsmittel vorenthält und durch den mangelnden Verbrauch der Massen die Produktion lahm legt. Endgiltig läßt sich hier nur bessern durch eine gründliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Aber auch auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung lassen sich einige der schlimmsten Nothstände wenigstens mildern. Und die herrschende Gesellschaft hat denn auch den Versuch gemacht, durch ihre berühmten Mittel der Wohlthätigkeit und der religiösen Zucht hier Abhilfe zu schaffen. Die wirtschaftliche Stockung zu Ende der siebziger Jahre und der furchtbare Winter 1879/80 hatten eine solche Unsumme entsehlächtesten Elends gezeitigt und an den Tag gebracht, daß davor die härteste Eigensucht weichen mußte. Dazu kamen die Unannehmlichkeiten und Gefahren, die mit der Zunahme des Hausbettelns und der Landstreicherei für die besitzenden Klassen verbunden waren, kam die Furcht vor Epidemien, wie das entsehlächliche „Rekurrenzfieber“ der wandernden Handwerksburschen, eine Art Hungertyphus, im Jahre 1879/80 gewesen war. Die Selbsthilfe der Arbeiter in Gewerkschaften und Hilfskassen war durch das Ausnahmegesetz lahmgelegt: so mußte das positive Christenthum, die religiös-soziale Richtung, die von oben begünstigt war und damals noch hoffen mochte, der Sozialdemokratie das Feld abzugewinnen, eintreten. Suppenanstalten wurden gegründet, theilweise, um bald wieder zu verschwinden, Verpflegungsstationen, Herbergen zur Heimath entstanden, und seit 1882 wurden die Arbeiterkolonien begründet, deren jetzt in Deutschland 21 bis 22 bestehen mögen. Der Staat hatte bisher nur in ganz eigenthümlicher Weise zur Lösung der Vagabundenfrage beigetragen: durch das Strafgesetz. Nach § 361 wird mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft: „wer als Landstreicher umherzieht; wer bettelt; wer nach Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen der ihm von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat und auch nicht nachweisen kann, daß er solches, der von ihm angewandten Bemühungen ungeachtet, nicht vermocht habe.“ In diesen Fällen (bei Betteln, wenn innerhalb drei Jahren die dritte Verurtheilung erfolgt) kann auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden, die dadurch die Befugniß erhält, die verurtheilte Person bis zu 2 Jahren in ein Arbeitshaus unterzubringen. Die Wirkungen des Arbeitshauses sind bekannt. Harte Arbeit, schmale Kost und unter Umständen Prügel, das Zusammenleben mit den gefunke-

Elementen, Vagabunden in der männlichen, Prostituirten in der weiblichen Abtheilung, rauben dem, der nicht über eine besondere sittliche Kraft und Tüchtigkeit verfügt, leicht den letzten inneren Halt, werfen ihn für immer zu den brüchigen, ruinirten Existenzen. Dazu kommt, daß unsere Juristen in Rechtsprechung und Verwaltung nur in den wenigsten Fällen die Bildung besitzen, das krankhafte Element unter den zu Verurtheilenden zu erkennen und auszuscheiden. Thatsächlich ist ein sehr großer Theil derer, die die Landstraße bevölkern, geistig gestört, sei es, daß ihr Elend sie verwirrt hat, sei es, daß ihre Arbeitsunfähigkeit und ihr Wandertrieb, nicht zu selten auch ihr Alkoholisimus auf krankhafter Entwicklung des Nervensystems und der geistigen Thätigkeit überhaupt beruht. Diese staatliche kriminalistische „Sozialreform“, die dem Christenthum wie den sozialen Wissenschaften gleicherweise Hohn spricht, konnte naturgemäß zu keinem befriedigenden Ergebnisse führen.

Deshalb griff die christlich-soziale Bewegung, begünstigt von der Staatsgewalt, ein. Alle Elemente, die in dieser Bewegung vereinigt sind: warmer religiöser Eifer und eheliches soziales Streben, aber auch Unverständnis für die praktischen sozialen Aufgaben, religiöse Herrschsucht, nicht selten Heuchelei und Wohlthätigkeitsport: alles hat in der Einrichtung jener Anstalten für die wandernde Arbeiterklasse mitgewirkt. In den Naturalverpflegungsstationen muß das bescheidene Maß der Verpflegung mit körperlicher Arbeit erkauft werden. Das ist an sich unverwerflich, aber dabei wird nicht gefragt, ob die grobe Arbeit des Holzjägers von dem abgematteten Arbeiter geleistet werden kann, ob sie den Arbeiter, der vielleicht als Schneider oder Uhrmacher auf eine zarte und bewegliche Hand angewiesen ist, nicht dauernd in seiner Erwerbsfähigkeit schädigt. Und die Arbeiterkolonien. Wer einmal die Sagen einer solchen „Anstalt der christlichen Nächstenliebe“, wie sie in § 1 genannt wird, kennen gelernt hat, der fragt nach keiner Gefängnisordnung mehr, und die billige Vermietung der Arbeitskräfte an Grundbesitzer, die unzureichende Beschäftigung in diesen Anstalten sind wohl bekannt. Und doch weisen sie trotz der Härte ihrer Bestimmungen in jedem Winter im Vergleich mit dem Sommer steigenden Besuch auf: ein Beweis, daß die Arbeitslosigkeit nur zum geringsten Theil durch den Willen der arbeitslosen Personen, also durch Arbeitscheu bedingt ist, aber viel mehr durch soziale Ursachen, vornehmlich die winterliche Arbeitslosigkeit in den Saisongewerben. Diese ganze Sozialreform leidet einmal an der Unzulänglichkeit ihrer Mittel, die nicht nur auf ihrem Charakter als Palliativmittel, sondern auch auf der mangelnden Opferwilligkeit der beteiligten Kreise beruht, des weiteren auf der Auffassung, daß der Arme, der die Hilfe in Anspruch nimmt, zugleich als Gegenstand der religiösen Fürsorge, einer Liebe, die sich vorwiegend in „Zucht“ äußert, zu dienen habe. Alle diese halben Erfolge mit ihren verwerflichen Nebenerscheinungen machen ein kräftiges, von Nebenabsichten unbeeinträchtigt eingreifen des Staates nothwendig.

Es wird berichtet, daß die Naturalverpflegungsstationen dem Bettel und der Vagabundage wirksam, wenigstens für die beteiligten Gebiete entgegengearbeitet haben. Dieser Erfolg führte sofort zu einem Nachlassen des Interesses, die mit dem Steigen der Inanspruchnahme zu einem Verfliegen der Mittel, schließlich zur Auflösung führt. So berichtet die „Münchener Allgemeine Zeitung“ von dem letzten Verbandstage deutscher Verpflegungsstationen. Und das zu einer Zeit steigenden Bedürfnisses. Die Ar-

beitslosigkeit im Winter ist allbekannt: wohl, seit diesem Sommer müssen wir auch von einer Arbeitslosigkeit größeren Umfanges selbst im Baugewerbe während der Saison, ja in der Landwirthschaft zur Erntezeit sprechen. Und in dieser Zeit, da die Erwerbsnoth stetig wächst, ist es geboten, mit kräftigen Maßnahmen, ohne religiösen Zierrath, ohne kriminelle Zuthaten der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Gänzlich verkehrt ist die Forderung einer bestimmten zurückgelegten Wegstrecke auf den Stationen, die einen großen Theil der Arbeitslosen fortwährend ziellos durch das Land jagt. Geboten ist die Errichtung von Arbeitsnachweisen an allen Orten, die kostenlos, von den Arbeitern mitzuverwalten und zu zentralisiren sind. Geboten ist die Vermehrung der Verpflegungsstationen und Kolonien. Auch hier ist eine Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Verwaltung, ist eine humanere Ausgestaltung der Sagen, eine Beschäftigung der Arbeiter gemäß ihrem Berufe, eine Ausschließung und Heilung der leiblich oder geistig Kranken zu fordern. Daß die Verkürzung der Arbeitszeit in gewissem Maße der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt, ist zweifellos; dazu gehört auch die strenge Regelung der Saisongewerbe, namentlich derer, die nicht an die Witterung gebunden sind. Die ungeordnete Produktion, die Verbrauchsunfähigkeit der Massen wird einer Beseitigung des Elends in der kapitalistischen Gesellschaft stets entgegenstehen. Aber eine Milderrung, die den wirklichen Bedürfnissen Rechnung trägt, statt mit dem Polizeiknüppel die Forderungen gekläuterer Menschlichkeit niederzuschlagen: Humanisirung der strafgesetzlichen Bestimmungen, positive Maßnahmen zur Beschäftigung und Verpflegung der Arbeitslosen, dürfen und müssen auch von der heutigen Gesellschaft gefordert werden.

„Leipziger Volkszeitung“.

Internationale Streikstatistik.

Wir haben, soweit es uns möglich war, Streikangaben aus Frankreich, England, Oesterreich, der Schweiz und Deutschland gesammelt und stellen sie nachfolgend zu einer Uebersicht über die Streikbewegung des Jahres 1893 in den genannten Ländern zusammen.

Ueber die vorjährigen Streiks in Deutschland hat die Generalkommission im „Korrespondenzblatt“ berichtet. Nach den bezüglichen Angaben kam es im Jahre 1893 zu 116 Streiks, wobei 9356 Personen betheilt waren und die eine Gesamtdauer von 568 Wochen hatten. Die Kosten sind mit M. 172,001 berechnet. 79 von den 116 Streiks waren zur Abwehr gegen die Unternehmer geführt worden und 37 waren Angriffstreiks. Von 114 Streiks ist der Ausgang bekannt; er war in 51 Fällen für die Arbeiter erfolgreich, in 25 Fällen erzielten sie theilweisen Erfolg und in 38 Fällen unterlagen sie.

In den Jahren 1890/91 wurden in Deutschland 226 Streiks gezählt, 1892 deren 73. Davon waren erfolgreich 133 resp. 40 und erfolglos 55 resp. 32.

In Frankreich wurden im Jahre 1893 vom Arbeitsamt in Paris 634 Streiks gezählt, welche sich auf 4386 Unternehmungen erstreckten und 170,123 Arbeiter betrafen. Davon hatten 158 Streiks mit 36,186 Arbeitern einen vollständigen Erfolg, 206 Streiks mit 44,836 Arbeitern einen nur theilweisen Erfolg, und 270 Streiks mit 89,101 Arbeitern eine Niederlage der Arbeiter zu verzeichnen. In Prozenten ausgedrückt stellt sich das Verhältniß wie folgt: 24 1/2 Prozent sämtlicher Streiks hatten für die Arbeiter vollständigen Sieg, 32 1/2 Prozent theilweisen Erfolg und 43 Prozent endeten mit einer Niederlage. Im Jahre 1892 hatten 46 1/2 Prozent sämtlicher Arbeits-

einstellungen für die Arbeiter Niederlagen zur Folge.

Im vorigen Jahre ist auch das französische Gesetz vom 27. Dezember 1892, betreffend Regelung des Einigungsverfahrens in Streitfällen zur erstmaligen Anwendung gekommen. In 104 Fällen ist der Friedensrichter, der nach dem Gesetze die ersten Schritte zur Einigung zu thun hat, in Thätigkeit getreten. Von den Arbeitern ist der Friedensrichter 53 Mal angerufen worden, von den Unternehmern 6 Mal. Außerdem haben die Friedensrichter von der Befugnis, selbst einzuschreiten, in 43 Fällen Gebrauch gemacht. In 53 Fällen haben sich beide Theile auf das Einigungsverfahren eingelassen. Das Verfahren endigte in 30 Fällen mit einer gütlichen Verständigung, während es in 23 Fällen zu einem Schlichtspruch kam, dem sich jedoch nur in acht Fällen beide Parteien unterworfen haben.

In England wurden im Jahre 1893 688 Arbeitskinstellungen verzeichnet, von denen 525 in ihren Einzelheiten bekannt sind. In 100 Fällen war bei Zusammenstellung der nur vorläufigen Statistik der Streit noch nicht beendet. Von den 525 waren 229 erfolgreich für die Arbeiter, 110 hatten theilweisen Erfolg und 186 endeten mit der Niederlage der Arbeiter. Der Umfang der Streiks im Jahre 1893 war ein außergewöhnlich großer. Am großen Kohlenarbeiterstreik waren 422,000 Personen theilhaftig; am Schifferstreik in Hull 20,000 Personen; am Baumwollstreik in Lancashire ungefähr 140,000 Personen. Dieser Streik begann zwar im Jahre 1892, dauerte aber das erste Quartal 1893 hindurch. An 551 Streiks waren 602,668 Personen theilhaftig; die Durchschnittsdauer der Streiks betrug 18 Tage; 384 Streiks bezogen sich auf Lohnstreitigkeiten und nur 14 auf die Arbeitszeit.

In den vorangegangenen Jahren 1891 und 1892 betragen die Streikzahlen 906 und 700, so daß das Jahr 1893 einen numerischen Rückgang aufweist. Ueber den Ausgang der vorjährigen englischen Streiks sind uns keine Daten bekannt geworden. Von den Streiks im Jahre 1892 waren 41,7 Proz. mit 21 Proz. der Gesamtzahl der Streikenden siegreich gegenüber 20 resp. 37 Proz. im Jahre 1891. Völlig verloren gingen 35 Proz. der Streiks mit 30 Proz. der Streikenden gegenüber 30 resp. 35 Prozent im Jahre 1891.

In der Schweiz kamen in der Zeit vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1893 34 Lohnkonflikte vor, von denen etwa die Hälfte ganzen oder theilweisen Erfolg und die andere Hälfte Niederlagen der Arbeiter zur Folge hatten.

In Oesterreich kamen nach dem Gewerbeinspektionsbericht im Vorjahr 156 Arbeitskinstellungen vor gegen 101 im Jahre 1892 und 104 im Jahre 1891. Ueber deren Ausgang wird nur in den einzelnen Berichten theilweise Mittheilung gemacht, die sich nicht leicht für eine summarische Zusammenstellung eignen.

Nach der deutschen Streikstatistik, dem Jahresberichte des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und dem österreichischen Gewerbeinspektionsbericht handelte es sich in den meisten, resp. in vielen Fällen um Abwehrstreiks, welche hervorgerufen waren durch versuchte Lohnreduktionen, Maßregelungen der Arbeitervertrauensmänner, Boykottirung der Gewerkschafter durch die Unternehmer, versuchte Arbeitszeitverlängerung, Einführung arbeiterfeindlicher Fabrikordnungen zc. Es handelte sich hierbei um Angriffe der Unternehmer auf die Rechte der Arbeiter, um Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer bürgerlichen Stellung; es waren also Unternehmer-Provokationen gegenüber den Arbeitern. Die Streiks waren in solchen Fällen nichts Anderes als eine gesunde Reaktion der Arbeiter auf die

sozialen Umsturzbestrebungen der Unternehmer — der blauen und schwarzen Sozialrevolutionäre unter Manions Flagge.

Die Beispielweisen 37 deutschen Angriffsstreiks waren jedenfalls auch berechtigt, denn sie galten der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung des Arbeitslohnes.

Aus der Zusammenstellung kann man für die betreffenden Länder den Schluß ziehen, daß in denselben der Klassenkampf auf der ganzen Linie geführt wird und eine dauernde Einrichtung in der kapitalistischen Gesellschaft geworden ist. Aber gerade der Umstand, daß die Arbeiterklasse sich zum sozialen Kampf gestellt hat und sich nicht als der gebuldige proletarische Amboss für den frech geschwungenen kapitalistischen Hammer gebrauchen läßt, gerade diese Thatsache ist es, welche die kapitalistischen Gemüther am meisten brüht und sie nach der Vernichtung der Arbeiterbewegung durch schwarze Risten und polizeiliche Willkür und Allmacht streben läßt. Das Ziel werden die politischen Unreife der herrschenden Klassen indeß nicht erreichen.

Die elektrischen Wärmewirkungen und ihre Verwendung.

I.

u. Eines der größten Gebiete, auf welchem der elektrische Strom zu technischer Verwendung gelangt ist, bildet unstreitig das der Wärmeentwicklung, zu welchem gegenwärtig auch das der elektrischen Beleuchtung gehört, da zur Erzeugung dieser Energieform eine Umwandlung der elektrischen Energie in Wärme zur Zeit noch unumgänglich und das bis jetzt darzustellende Licht nur durch intensive Erhitzung ermöglicht ist. Ohne uns mit der Möglichkeit der Beseitigung solcher Zwischenphasen der Energieumwandlung zu befassen, haben wir hierbei zu konstatieren, daß die Wärmeentwicklung die einfachste Umformung des elektrischen Stromes darstellt, und in der Praxis eine von der Energie fast unzertrennliche Eigenschaft bildet, die namentlich bei jeder Fortleitung der Energie in Kauf genommen werden muß. Da jeder elektrische Leiter dem Strom einen gewissen, wenn auch noch so geringen, Widerstand bietet, so wird stets ein Theil der ihn durchfließenden Energie in Wärme umgewandelt, die in den meisten Fällen, wenn auch nicht verloren, so doch bei der praktischen Ausnutzung der Energie als Verlust erscheint und als solcher in Berechnung gestellt werden muß. Ist also eine Wärmeerzeugung bei der Fortleitung des elektrischen Stromes unvermeidbar, so bietet diese auch keine weiteren Schwierigkeiten als die Beschaffung eines für diese Umwandlung besonders geeigneten Leiters, der dieselbe am gewünschten Ort und in verlangter Stärke ermöglicht. Zur Bestimmung der Wärmeentwicklung dient das bekannte Joule'sche Gesetz, wonach die in einem Leiter entwickelte Wärmemenge proportional ist dem Leitungswiderstand des Leiters und dem Quadrat der Stromstärke. Die Abhängigkeit der Wärmeentwicklung vom Leitungswiderstand ist für die Technik von großem Werthe, da sie ermöglicht, auf die einfachste Weise durch Auswahl des Leiters die Wärmeerzeugung zu bestimmen und zu konzentrieren und durch Einschaltung eines veränderlichen Widerstandes zu regulieren. Da bei der Wärmeerzeugung stets ein möglichst hohes Umwandlungsprodukt erzielt werden soll, so wird der Widerstand der Zuleitung so schwach als möglich zu bemessen sein, während sich derjenige des Leuchtorgans zur Wärmeerzeugung benutzten Theils nach dem erforderlichen Produkt zu richten hat. So ist z. B. die Glühlampe nichts Anderes als ein in die Stromleitung eingeschalteter, durch intensive Wärmeentwicklung zum Glühen und

Beuchten gebrachter hoher Widerstand, und auch der Flammenbogen der Bogenlampe läßt sich nach Abstrahlung des Regulierungsmechanismus auf diesen einfachen (Luft-)Widerstand zurückführen. Diese beiden Beispiele aus der Beleuchtungstechnik gewählt, zeigen aber zugleich, daß die Wärmeentwicklung nicht immer, wo sie auftritt, eine beabsichtigte ist, hier vielmehr sich als eine Nebenerscheinung, oder vielmehr als eine Zwischenphase der Energieumwandlung darstellt. Solche Nebenerscheinungen treten auf bei allen Transformationen der elektrischen Energie, insbesondere bei der Regulierung der Stromwerthe (Stärke und Spannung). Hier bilden sie stets Verluste des Nutzeffektes der Transformation, die zum Theil allerdings durch anderweitige Ausnützung der dabei entwickelten Wärme paralysirt werden können (z. B. durch Einschaltung gewisser Glühlampen als Widerstände zc.). Während nun die elektrische Beleuchtung trotz dieser dabei unvermeidlich auf tretenden Verluste, hinsichtlich der Kosten einigermassen mit den übrigen Beleuchtungsarten zu konkurriren vermag, ist die elektrisch erzeugte Wärme gegenüber der durch Verbrennung erzeugten viel zu theuer, als daß sie jemals eine solche allgemeine Verwendung erfahren dürfte. Berücksichtigen wir, daß auch der elektrische Strom zumelst durch Umformung der in den Kohlen enthaltenen Wärme erzeugt werden muß, wobei die besten Dampfmaschinen nur 15—20 Prozent Nutzeffekt und die besten Dynamomaschinen wiederum nur 90—95 Prozent Nutzeffekt ergeben, so sind die Hindernisse, die einer größeren Verwendung der elektrischen Wärmeentwicklung entgegenstehen, leicht zu erkennen. Wenn nun trotzdem auch auf diesem Gebiete die Fortschritte sich mehren und die Anwendung sich steigert, so ist dies nicht auf die Rechnung einer billigen Wärmeerzeugung, sondern einer vorthellhaften Fortleitung und Konzentration der Wärme zu stellen, wie überhaupt die Bedeutung der elektrischen Energie sich keineswegs aus ihrem allgemeinen Vorhandensein oder ihrer Billigkeit, sondern aus ihrer Umwandlungsfähigkeit in jede verlangte Form ergibt, und aus dem Umstande, daß sie in jeder dieser Formen von uns völlig beherrscht und zu größter Wirkungsfähigkeit gebracht werden kann. Wo es sich also um die intensive Ausnützung der entwickelten Wärme auf einem besonders kleinen Raume, oder in besonderer Weise handelt, da kann die elektrische Umformung noch immer Vortheile bieten, die die gewöhnliche Technik der Wärmeerzeugung trotz ihrer Billigkeit übertrifft. Ganz besonders aber treten diese Vortheile bei Vorhandensein einer Kraftquelle, welche die Stromerzeugung verbilligt, wie bei Wasserkraft, hervor. Hier können ungeheure Stromstärken mit Leichtigkeit gewonnen, fortgeleitet und ohne Schwierigkeiten technisch verwendet werden. Da gerade diese Art der Stromerzeugung, welche die kraftfressenden Dampfmaschinen ausschließt, gegenwärtig immer weitere Ausnützung erfährt, und somit eine Verbilligung der elektrischen Energie zweifellos ist, so gewinnt auch die elektrische Erhitzung eine immer größere Bedeutung für die Zukunft. Hierbei kommt auch in Betracht, daß die Erzeugung großer Stromstärken auf thermoelektrischem Wege (direkt aus der Wärme mit Umgehung der Dampf- und dynamischen Stromerzeuger), nur noch eine Frage der praktischen Ausgestaltung bildet, also auch in anderer Weise eine Verbilligung der elektrischen Energie sicher bevorsteht. Da jedoch der Kostenpreis zur Zeit das größte Hinderniß einer weiteren Verwendung der elektrischen Erhitzung ist, so sind die Fortschritte auf diesem Gebiete keineswegs unfruchtbar. Was heute vielleicht als kostspielige Spielerei erscheint, oder nur wissenschaftlichen oder theoretischen Werth besitzt, kann schon in

aller nächster Zukunft bedeutende wirtschaftliche Umwälzungen herbeiführen und die Produktionstechnik beherrschen. Abgesehen von der Beleuchtung hat die elektrische Wärmeentwicklung bisher Anwendung gefunden zum Erhitzen, Heizen, Löthen, Schweißen und Schmelzen. Wenn wir die Erhitzung von der Heizung trennen, so fassen wir für die erstere eine weitere technische Verwendung ins Auge, während unter der Heizung lediglich die Erwärmung der Atmosphäre zu verstehen ist. Auch für Schweißen und Schmelzen sind es nur Gradunterschiede der Erhitzung, die wir aber ihrer besonderen technischen Bedeutung halber getrennt behandeln.

Da es zur Erzeugung der Wärme genügt, einen hohen Widerstand bietenden Leiter in den Strom einzuschalten, da andererseits auch die Regulierung des Wärmegrades durch Veränderung dieses Widerstandes keine Schwierigkeiten bietet, so ist der technischen Verwerthung der Weg geebnet. Theoretisch ist die Möglichkeit der Entwicklung jeder Wärmemenge gegeben, und praktisch gibt es höchstens konstruktive Bedenken, insofern die Schmelzbarkeit der Leitermaterialien in Berechnung zu ziehen ist. Für die elektrische Heizung, die sich ja zumelst auf eine Erwärmung der atmosphärischen Luft oder des Wassers beschränkt, kommen allerdings die Schmelztemperaturen der metallischen Leiter kaum in Betracht, und auch, soweit es sich um technische Zwecke (Dörren, Trocknen, Kochen zc.) handelt, werden diese kaum erreicht. Hierbei ist also die Wahl des Leitungsmaterials je nach den Anforderungen des Raumes eine ziemlich freie. Zur Konstruktion elektrischer Heizkörper für Zimmerheizung dürfte allerdings die Verwendung von Platindrähten hinsichtlich der Kosten ausgeschlossen sein, wogegen Neusilberspiralen in geeigneter Länge und Drahtstärke dem Zwecke vollkommen genügen würden. Andererseits empfiehlt sich bei sehr kleinen Heizkörperchen für hohe Temperaturen der schwer schmelzbare Platindräht, wo jeder andere Leiter der Zerstörung anheimfallen würde. Hinsichtlich der Konstruktion jedoch zeigen sich keine großen Abweichungen. Eine vom Strom durchflossene und erhitzte Widerstandspirale, deren Windungen durch geeignete Isolation von einander getrennt sind, bildet den Wärmeerzeuger, der durch ein feuerfestes Material gegen etwaige Gefährdung aus allzustarker Erhitzung geschützt ist.

Bei den elektrischen Öfen werden Neusilberspiralen erhitzt und durch Asbest oder ähnliche Stoffe geschützt; auch eine geeignete Luftisolation erfüllt denselben Zweck, wenn die Spiralen, in Heizrohre, ähnlich denen der Dampfheizung, gelegt werden. Ein durchbrochener eiserner Mantel, der zwecks besserer Ausstrahlung der Wärme mit Rippen oder Vorprüngen versehen ist, umschließt den Heizkörper, und ein in den Stromkreis eingeschalteter Regulator ermöglicht das Ein- oder Ausschalten von Spulen zur Bestimmung der gewünschten Temperatur. So einfach und praktisch solche Öfen erscheinen, so lehrt doch schon ein Blick auf die Kosten einer solchen Zimmerheizung, wie Wenige davon Gebrauch machen werden; so erfordert bei einer Spannung des Stromes von 150 Volt die Heizung eines Zimmers von 150 Kubm. Luftraum bei 30° Wärmesteigerung immer einen 30 Amp. starken Strom, d. h. eine 6pferdige Kraft, welche, von einer Kraftzentrale geliefert und mit 2 A die 600-Wattstunde berechnet, Mk 1,35 pro Stunde kosten wird. Hieraus ist zu ersehen, wie kostspielig ein solches Vergnügen wird, und so dürfte das Normalhaus der Zukunft von der Chicagoer Weltausstellung, mit der elektrischen Marmorplatte, dem Brat- und dem Kochgeschalter und dem künstlich beleuchteten, der Vorstellung eines Herd-

feuers dienenden Holzblock, noch lange ein Zukunftsbild bleiben. Als Demonstrationstücke nehmen solche Darstellungen aus dem Gebiete der Elektrizität das höchste Interesse in Anspruch. Von der Demonstration aber bis zur Verallgemeinerung des Gebrauchs ist noch ein sehr weiter Weg. Auch die elektrisch betriebene Waschküche und der elektrisch beheizte Trockenraum dürfte für's Erste eine Spezialität für Militärbüro bleiben. Dies schließt jedoch nicht aus, daß an einzelnen Orten, wo eine billige Wasserkraft den günstigsten Betrieb ermöglicht, solche Einrichtungen zu Reklamazwecken geschaffen werden, wie in Wädern, Stur- und Fremdenhotels zc.; hier können solche Anlagen unter Umständen sogar rentabel erscheinen, so lange sie vereinzelt bleiben. Für den allgemeinen Gebrauch aber wird die Gasheizung, welche im letzten Jahrzehnt ebenfalls enorme Fortschritte gemacht hat, und der Gaslocherb das Feld behaupten, zum Glück aller Gasfabriken und Gasstechniker, denen die Konkurrenz der elektrischen Beleuchtung schon manche Einbuße brachte.

Dagegen gibt es gegenwärtig ein Versuchsfeld, auf dem die elektrische Heizung die größte Aussicht auf Erfolge hat, und wo man ihr auch unbedingt, ungeachtet der Kosten, eine Berechtigung zuerkennen muß. Es handelt sich hier um die Heizung von Bahnwagen, wobei natürlich die in elektrischem Betrieb befindlichen zuerst in Betracht kommen, weil bei diesen alle Voraussetzungen für solche Anlagen bereits bestehen. Daß solche Heizung der Straßenbahnen, wie event. auch der Eisenbahnwaggons ein bringendes Bedürfnis ist, dürfte unbestreitbar bleiben, ebenso, daß die gegenwärtig üblichen Heizmethoden mit Grube- oder Kohlenkästen zc. durchaus ungenügend ist und keineswegs praktischen oder hygienischen Anforderungen entspricht. Da hinsichtlich der Konstruktion solcher Heizkörper keine Schwierigkeiten bestehen, sondern lediglich der Kostenpunkt dieser Einrichtung und deren Unterhaltung das Entscheidungsmoment bildet, so darf hier eine allgemeine Einführung erwartet werden. So hat der amerikanische Ingenieur Dewey für Straßenbahnen einen Heizkörper konstruiert, der für 3 Amp. starken Strom bei 500 Volt Betriebsspannung genügt, um einen Straßenbahnwagen genügend zu heizen. Die Selbstkosten würden hier gegen 25—35 J pro Stunde betragen. Die Leichtigkeit, jeden Temperaturgrad zu regulieren, die Feuerlosigkeit und Bequemlichkeit der ganzen Anlage empfiehlt eine solche Heizung. Neusilberspiralen, durch Asbest isoliert, bilden auch hier den eigentlichen Heizkörper, der entweder als Fußbodenbelag, oder als Fußgestell, oder auch in Kästen unter den Sitzreihen angebracht wird. Auch für Eisenbahnen eignet sich diese Einrichtung vorzüglich, wie denn auch namentlich in Frankreich neuerdings größere Versuche damit angestellt wurden.

Unter anderen Heizvorrichtungen sind erwähnenswerth der elektrische Kochtopf (Theekessel) und die Röstpfanne, das elektrisch erhitzte Bügeleisen und der Heizapparat für Brennscheeren, der Holzbrandapparat und die elektrische Bruthenne. Bei dem ersteren ist die Heizspirale um den unteren Theil des Kessels gelegt und wird die Einschaltung des Stromes am Handgriff bewirkt. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat schon seit mehreren Jahren einen solchen allerdings kostspieligen Theekessel in den Handel gebracht. Auch wird bei anderen Konstruktionen ein Platindrath in das Innere des Kessels eingeführt, der zur Erhitzung des Wassers dient. — Ebenfalls eine Heizspirale birgt das elektrisch Bügeleisen in seinem Innern, welche die Wärme an den umliegenden Eisenmantel abgibt. Diese Art der Wärmeübertragung ist allerdings weit sparsamer als die allgemeine übliche

Methode des Stählstahls oder des Gasofens und in größeren Betrieben, wo der elektrische Strom bereits vorhanden ist, dürfte die Einführung dieses Apparates nicht allein der Originalität wegen erfolgen. Auch größere erhitzte Bügelmaschinen mit elektrischem Betriebe sind bereits mehrfach eingeführt. Der elektrische Heizapparat für Brennscheeren besteht aus einem eisernen Kasten, in dessen Innerem eine Heizspirale in vielen Windungen eingeführt wird. Die Brenneisen werden in seitlich in der Kastenwand angebrachte Oeffnungen gesteckt. Dieser Apparat ist namentlich auf den größeren, elektrisch beleuchteten Bühnen seiner Feuerlosigkeit wegen allgemein eingeführt, und bedeutet gegenüber der früheren feuergefährlichen Spiritusheizung einen anerkannterwerthen Fortschritt.

Der elektrische Holzbrandapparat befeuchtet das lästige Glühen der Holzbrandnadeln in der Spiritusflamme. Zwei sich berührende spitze Nadelstifte werden bei Stromdurchgang bauernb erhitzt und ermöglichen eine ununterbrochene Arbeit. Der elektrische Brutapparat hat den Vortheil einer sicheren und leichten Regulierung und kann gleichzeitig bis 3000 Eier ausbrüten. Er ist der Gasheizung bei Weitem überlegen und war auch ein ähnlicher Apparat in Chicago ausgestellt.

Ein besonderes Interesse gewinnt die elektrische Erhitzung in der Galvanoplastik, wo es sich um Glühung von Platindrähten, Schlingen, Zangen und Schneiden zu ärztlichen Operationen durch Wegbrennen handelt. Hier ist die Art der Verwendung so vielseitig, daß es sich empfiehlt, in einem besonderen Aufsatze dieses Gebiet zu beleuchten. Bei allen diesen kleinen Apparaten genügt, wo eine andere Kraftquelle nicht vorhanden ist, die Anschließung an einen Akkumulator oder an eine allerdings sehr konstante elektrochemische Batterie.

Kapitalistischer Anarchismus.

Der Kapitalismus kennt keine stillen Motive, sondern nur die Erwägung des Unternehmers Vortheils. Er nimmt, indem er sein Ausbeutungssystem beugt und seiner Profitgier fröhnt, keine Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Gemeinschaft. Schonungslos zwingt er die arbeitende Klasse in's Joch des Elends und der Noth; fribol verhält er, um der Bereicherung Einzelner willen, die Volkskraft. Auf allen Gebieten treibt er eine brutale Raub- und Vernichtungswirtschaft. Mordrächer als der blutigste Krieg, wüthet er unausgesetzt unter den Menschen. Millionen raubt er Kraft, Gesundheit und Leben. Viele Tausende von Arbeitern werden jährlich der heiligen Profitgier in den Bergwerken geopfert. In anderen Wirtschaftsbetrieben geht es gerade so. Ungezählte Menschenleben vernichtet der Moloch Kapitalismus alle Tage.

Von Zeit zu Zeit tritt der kapitalistische Anarchismus besonders scharf in die Erscheinung. So haben kürzlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika furchtbar verheerende Waldbrände stattgefunden, denen ungeheure Strecken Waldes, sowie ganze Ortshäuser, zahlloses Vieh und Hunderte von Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Diese Strecken Landes sind in eine Wüste verwandelt (wie es heißt über 900 Quadratkilometer).

Nun wird bürgerlichen Blättern aus Newyork berichtet: Immer mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß die kürzlich furchtbaren Waldbrände das Werk von Holzdieben sind. Diese Diebe stahlen Holz im Werthe von Millionen, und um jeden Beweis unmöglich zu machen, steckten sie die Wälder in Brand.

Diese Mithellung rechtfertigt die Vermuthung, die wir über die Ursache der Brände von Anfang an hatten, vollkommen. Aber es sind nicht kleine Diebe, um die sich's da handelt. Nein, es sind große kapitalistische Profitgier. Die Sache verhält sich nach schon früher oft gemachten Erfahrungen folgendermaßen.

Privateunternehmer, zumeist in Aktien-gesellschaften vereint, kaufen vom Staate hundert oder etliche hundert Acker Wald, um die Bäume fällen und das Holz in Sägemühlen zc. zum industriellen Gebrauch vor-

richten zu lassen. Aber bei der sehr mangelhaften regelrechten Beaufsichtigung der Wabungin selbstverständlich sehr leicht, in den an ihren West grenzenden Waldbezirken Raubholzungen zu treiben, die sich oft über das Maß der ihres Privatbesitzers erstreckt. Um nun die Entdeckung dieses Raubes bezw. ihre Feststellung durch die staatlichen Organe zu verhindern, setzen sie das Raubrevier in Brand.

Das sind die Holz im Werthe von Millionen stehenden "Diebe", von denen obige Notiz verschämt berichtet. Vor etwa 16 Jahren schon hat der damalige Minister des Innern für die Vereinigten Staaten, Karl Schurz, diese kapitalistisch-anarchistische Prozedur persönlich an Ort und Stelle festgestellt und Maßregeln dagegen getroffen. Allerdings ist keiner der Schurken an den Galgen gekommen. Und auch jetzt wird den Nordbrennern von Kapitalisten kein Haar gekrümmt werden.

Ein anderer Fall:

Bei Appilly in Frankreich trug sich kürzlich ein großes Eisenbahnunglück zu. Jetzt wird nachgewiesen, daß die eigentliche Ursache dieses Unglücks die Sparsamkeit der Nordbahn-Gesellschaft ist, die den Beamten und Angestellten Uebermenschliches zumuthet, nur um den Profit der Aktionäre zu vergrößern.

Die französische Presse eröffnet jetzt eine Art Enquete über dieses verbrecherische Sparsystem und bringt zahlreiche Belege dafür. Das "XIX. Siècle" erinnert daran, daß im Verwaltungsrath der Nordbahn sechs Mitglieder der Familie Rothschild sitzen, dann Deon Sny und andere Deputirte. Im Besonderen führe sich die Sparsamkeit darauf zurück, daß die Gesellschaft die Kosten wieder herzubringen wolle, die sie auf Verlangen der Rothschilder für Versuche der elektrischen Kraftübertragung bewilligt habe; diese Kosten betragen etwa 12 Millionen, und um deren Verwendung habe sich auch der berühmte Cornelius Herz verdient gemacht. Die Aktien der Nordbahn, 513,082 an Zahl ohne die Genussscheine, wurden zu 400 Fr. ausgeben und stehen jetzt 1820 Fr.; das letzte Jahr trugen sie pro Aktie 66 Fr. Im Jahre 1887 standen sie 2055 Fr. und trugen 77 Fr. Ein großer Theil der Aktien ist im Besitze des Hauses Rothschild.

Der Pariser "Figaro" schreibt:

Schon im verflochtenen Winter passirte ein Unglück, indem eine Frau von einem Zuge überfahren und getödtet wurde. Der Stationsbeamte Douday wurde deshalb vor Gericht gestellt, aber freigesprochen. In dem Urtheil heißt es, daß Douday der einzige Stationsbeamte sei und eine Masse Dinge zu thun habe, und daß seine Verantwortlichkeit durch den Umstand, daß die Nordbahn-Gesellschaft nicht mehr Beamte anstelle, nicht vermehrt, sondern vermindert werde. Thatsache ist, daß Douday, der ein Opfer seines Berufes wurde, Stationsvorsteher, Billetausgeber, Telegraphist, Weichensteller und Wagenrangierer in einer Person war. Es ist auch festgestellt, daß der Bürgermeister wiederholt bei der Gesellschaft wegen dieses Zustandes vorstellig wurde und Unglück voraus sagte, aber die Gesellschaft gab ihm keine Antwort. Auch die Hilfe war schlecht organisiert; erst zwei Stunden nach dem Unglück traf von den nächsten Stationen Hilfe ein. Im Stationsgebäude selbst fanden sich nur ein paar alte Binden und etwas Charpie.

Alle diese groben Nachlässigkeiten", schreibt der "Figaro" weiter, "fallen nicht den armen Beamten, sondern der Gesellschaft zur Last. Damit die Dividenden schön groß werden, lassen die Eisenbahnkönige die Verwaltung verlottern und gefährden so täglich Leben und Eigenthum Hunderttausender, die sich ihnen anvertrauen. Gambetta hat den Kleinstkampf gegen diese übermächtigen Zwingerherren Frankreichs gewagt, indem er die Verstaatlichung der Bahnen anstrebte; er kam trotz aller Beliebtheit und Verdienste in den Schlingen der Eisenbahnkönige zu Fall." Die Zwingerherren sind jetzt womöglich noch mächtiger als zur Zeit Gambetta's und darum wird es schwerlich besser werden.

Das kapitalistische Ausbeutungssystem ist ja eben waghelbend im Staate. Es nimmt für sich ein förmliches Privilegium in Anspruch, im Interesse seines Schmarogerprofits zum Mörder an Tausenden zu werden. Die Anarchisten vom Schlage der Cafeto sind unschuldige Säumer im Vergleich mit diesem Ausbeutungssystem, das sich als Stütze der unantastbaren göttlichen Weltordnung gerirt und gegen die kleinen Verbrecher rücksichtslos vorgeht. Aber erwarte Niemand, daß die Justiz die großen Haltungen gebührendermaßen zur Verantwortung zieht. Das kann in der Republik Frankreich nicht passiren. Denn die Rothschilder und Konsorten — eine einzige Gattung — und Ausbeuterhande — haben die politische Macht

Zum Güstrower Streik.

Das Streik-Komitee hat an die Einwohner-Gästrows folgendes Flugblatt erlassen:

Künmehr sind es acht Wochen, seit der Kampf, durch brutale Willkürbestrebungen einer Unternehmerruppe herausgeschworen, entbrannt ist. An ein Ende im Wege des gütlichen Ausgleichs, was vor und während des Streiks versucht worden ist, ist in Folge des prohigen Standpunktes, auf dem die Direktion der Mecklenburgischen Waggon-Fabrik verharret, nicht zu denken. An ein Bedingungsloses Fügen der Arbeiter aber erst recht nicht.

Als das erlittene Unrecht der langen Jahre, der so lange verhaltenen Grimm darüber, das gibt ihrem Vollen, solche entwürdigenden Zustände abzuschaufen, die Stärke, und die Mittel zum Ausdauern sind vorhanden.

Die Güstrower Einwohnerschaft hat uns zum größten Theil bisher ihre Sympathie und ihre Unterstützung genugsam bekundet und in noch größerem Maße nimmt die gesammte Arbeiter-Gästrows Theil an diesem Kampfe.

Deswegen wird auch an dem Umstande der Mittel- oder Nutzlosigkeit der Streik nie für uns verloren gehen. Das scheint auch die Direktion der Waggonfabrik mit sammt ihren Verbündeten allgemach einsehen gelernt zu haben. Die Verhängung einer neuen Art Belagerungszustandes über unsere Stadt, wachte derselbe zu dem Zwecke verhängt sein, um uns einzuschüchtern oder unsere Rasse zu schröpfen, war vergebene Arbeit. Denn wer es wagt, der brutalen Natur eines Franke zu trotzen, läßt sich wegen und noch dazu mit Unrecht ergriffenen polizeilichen Maßregeln nicht in's Wochhorn jagen. Was im Uebrigen unsere Rasse ausbelangt, so befindet sich dieselbe noch in derselben Verfassung wie zur Zeit der ärgsten Jagd, trotzdem daß enorme Opfer haben gebracht werden müssen.

Die von der Fabrik aus gegen uns im Szene gesetzten Schieß- und Prügelmänner haben ihre Spitze gegen die Veranhalter selber gerichtet. Mahlen auch die Mahlen der Behörden gegen verartige Ungeheuerkeiten langsam, das Urtheil der öffentlichen Meinung ist fertig und ist desto schärfer ausgefallen; der moralische Effekt ist der, daß man von einer Nothe spricht.

Deswegen soll jetzt fabriksseitig der Kampf mit geheimen und desto lumpigeren Mitteln geführt werden. Ein glücklicher Zufall hat uns in den Besitz einer gedruckten schwarzen Liste gesetzt, welche von der Mecklenburgischen Waggonfabrik an alle gleichen Establishments verfaßt worden ist. Der Wortlaut ist folgender: (Ist von uns bereits in voriger Nummer mitgeteilt. Red.)

Im Punkte der Gemeinheit hat die Waggonfabrik bis jetzt unerreicht dagesunden und das schwächt die Wirkung dieser neuesten Selbstthat ab. In den Augen vieler Fabrikherren gilt die Zeitung der Waggonfabrik als verächtlich und deshalb werden sich viele mit vornehmeren Gesinnungen als Herr Franke ausgestattete Arbeitgeber finden, die tüchtige Arbeitskräfte zu werbligen wissen, wenn sie erst angeboten werden.

Freilich, Herr Franke weiß keine Arbeitskraft nach ihrer Leistung zu würdigen, bei ihm spielen andere Faktoren mit. Seit einiger Zeit ist er ja bemüht, andern Personen weis zu machen (er selbst glaubt bestimmt nicht daran), daß er mit den jetzigen Kräften, die doch weiter nichts bilden als den Abhub der größeren Städte, die besten Arbeiter deckt. Die wirklichen Erfolge, nicht die erlogenen, trafen ihn Bügen. An ein Hand-in-Handarbeiten ist bei der Unersahenheit und Ungebüththeit dieser zusammengekauften, nur auf den Augenblick lebachten Horde nicht zu denken. Dazu bedarf es erst wieder des Jahre lang raffiniert betriebenen Ausmerzens, um die gesteigerte Produktion wie vor dem Streik zu erzielen. Bis dahin hat Herr Franke, wenn er absolut nicht einlenken will, furchtbaren Schaden.

Und warum gährt es denn augenblicklich in der Fabrik stärker wie draußen? Weil Herr Franke den Schaden nicht allein tragen will, wahrscheinlich weil er ihm schon zu groß ist. Deshalb werden jetzt schon Lohnabzüge gemacht und das läßt sich ein Streikbrecher vor Allen nicht gefallen. Will Herr Franke also weiter Lohnkürzungen vornehmen, so werden den schon abgereisten die übrigen Streikbrecher halb folgen.

Das Fazit ist: Herr Franke weiß nicht ein noch aus und die von ihm brutal in den Ausstand getriebenen Arbeiter haben Zeit, den Sieg abzuwarten, nicht unthätig, sondern überall bestrebt, die Ordnung der Dinge zu wahren.

An die Einwohner Gästrows richten wir daher das Ersuchen, sich in Allem ein objektives Urtheil zu bewahren und ihre Sympathie den Streikenden zu erhalten.

Für Streikkomitee.

*) In der Waschfabrik von Stibel in Sauter bei Aue in Sachsen sind 60 elektrische Plattstücken im Betrieb.

Korrespondenzen.

Formier.

Crimmitschau. Eine Musterbude für Formier ist die hiesige Eisengießerei von Paul u. Schue. Die Alfordpreise sind so heruntergebrochen, daß man bei übermäßiger Anstrengung es höchstens auf einen Wochenlohn von 14-15 M bringt. Die Wohlthätigkeit in dieser Bude ist großartig, voran die beiden Kassen, welche es prächtig versehen, nichts verdienen zu lassen. Als wir die betreffenden Herren fragten, weshalb uns so abgebrochen werde, gaben sie uns zur Antwort: Wir haben schon voriges Jahr 9000 M zugelegt, wir können nicht mehr zusehen, wir müssen noch viel mehr abbrechen. Auch an Strafen fehlt es nicht. So wurden z. B. einem Formier 50 J abgezogen für „Holzverwüstung“, weil er aus Noth einige Pfähle gemacht hatte, da in der ganzen Bude keiner zu bekommen war. Um nun nicht noch mehr „Leid“ zu machen, mußte der Formier die Pfähle bezahlen. Den organisierten Kollegen rufen wir zu: Geht nicht in diese Bude hinein, denn nur dadurch können wir Abhilfe schaffen. Ihr aber, Formier von Paul, tretet ein in die Reihen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, damit ihr solchen Uebelständen abhelfen könnt.

Oldenburg i. O., 18. Oktober. Wie der „Regulator“ Organ des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) mit der Wahrheit unspitzig, dafür möge Nachfolgendes den besten Beweis liefern. Im August traten die Formier der Firma vom Mühlen u. Seeböck in Bremerhaven, durch das Benehmen der Prinzipale gezwungen, in den Streik. Bei der Suche nach neuen Arbeitskräften hatte die Firma kein Glück, dafür sorgten schon die Formier am Orte, und so blieb ihr nichts anderes übrig, als die Modelle an andere Gießereien zu senden. In Bremerhaven bekam sie die Modelle retour mit dem Bemerkten, daß die Formier diese Arbeit nicht machen wollten. Die Modelle wanderten nach Oldenburg und wurden zur größten Freude der Herren vom Mühlen u. Seeböck auch gemacht, und zwar bei der Firma Koch u. Francken. Als die Streikenden dies erfuhren, trachteten dieselben mit den Formieren von dieser Bude in Verbindung zu kommen, um sie zu veranlassen, die Modelle wieder retour zu schicken. Sie schickten deshalb einen Kollegen nach Oldenburg, der mit den Formieren diese Angelegenheit besprechen sollte. Von der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes waren die Formier mittelst Aufzettels zu einer Besprechung eingeladen worden, in der ein Kollege von Bremerhaven ihnen die Ursache des Streiks und seine Folgen auseinandersetzen sollte. Trotz der Aufzettel und trotz mündlichen Versprechens kamen diese Herren nicht, und der Kollege konnte mit dem traurigen Bewußtsein nach Hause kehren, daß es noch Arbeitskräftiger gibt, die sich in ihrer Kurzsichtigkeit nicht schämen, den Zusatzlohn für ihre jämmerliche Handlungswiese einzuhelfen. Zur Charakterisierung der Formier von Koch u. Francken möge noch dienen, daß einer derselben sich noch damit brüht, daß sie nach dem Hamburger Streik 1888 noch Arbeit machten, die damals von den streikenden Formieren zurückgewiesen wurde. Diese Notiz brachte das Organ des Zentralvereins deutscher Formier „Glück auf“, natürlich mit verschiedenen Bemerkungen dazu. Die Pressekassette des „Regulator“ schnappte diesen Artikel auf, legte sich denselben nach ihrer Weise zurecht und zwar in einem Artikel, der mit der famosen Ueberschrift „Sozialdemokratische Klagelieder“ versehen war. Derselbe lautet wie folgt: „Im Lager unserer Gegner muß es nicht sehr rosig aussehen. Täglich kann man in ihren Zeitungen Klagen über die Laune der Genossen hören, ja, selbst Streik und Boykott ziehen nicht mehr. So finden wir in einer sozialdemokratischen Zeitung „Glück auf“ zwei Eingekleidete, die da zeigen, daß die Arbeiter sich immer mehr von diesen Vereinigungen abwenden. In dem einen Eingekleideten (womit wir uns beschäftigen wollen) wird den Formieren in Oldenburg der Kopf gewaschen. Ein Kollege theilt mit, daß er nach Oldenburg geschickt war, um die dortigen Formier für die Organisation zu gewinnen. Es ist nicht gelungen, denn — so schreibt er — sie sind jeder organisatorischen Bestrebung, mag sie ausgehen von wem sie will, abgeneigt und verhalten sich geradezu ablehnend. Eine Ausnahme macht höchstens der weiche Kerntschalken Hirsch-Dunder'scher Harmoniegesellschaft. Weiter, schreibt dieser Kollege, um den Kollegen in Oldenburg begreiflich zu machen, daß heututage das Band der Solidarität alle Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital umschlingen müsse, war eben die Versammlung am 15. August, einen Sonnabend, einberufen. Die Genossen vom Metallarbeiter-Verband hatten Aufzettel in den Gießereien zirkulieren lassen, so daß alle

Formier ohne Ausnahme wußten, daß die Versammlung stattfinden würde. Nun muß aber konstatiert werden, daß von den 85 in Oldenburg arbeitenden auch nicht ein einziger in der Versammlung erschienen war. Der Kollege schreibt dann weiter, daß man im Kampfe gegen Stupidität und Dummheit manches schon erlebt hat, aber so was doch noch nicht. Er sagt, in Oldenburg gibt es unter den Formieren nicht einmal mehr Neugierige, sondern, wie wir gefunden, nur noch Mürmelthiere. Der Kollege hat sich aber nicht damit begnügt, sondern er hat dann die Wohnungen der Formier aufgesucht, um sie zu holen, und was fand er da? Alle lagen sie schon bis über die Ohren in ihren Betten und schliefen den Schlaf der Gerechten. Wir müssen gestehen, daß dieser Kollege bei seiner Agitation eine gute Ausdauer bewiesen hat. (Wie viel z. B. flehe sich Herr Dakenhus dafür bezahlen?) Aber vergebens, die Oldenburg Arbeiter wollten auf diesen sozialdemokratischen Reim nicht gehen.“ Zum Schluß noch: „Also, immer stott Mitglied werden beim deutschen Gewerkeverein.“ Nun, der Kohl ist dieses Jahr billiger, da braucht man nicht in den Feitweiden Buntadings herum zu gucken, auch aus den wügeren Berichten des „Regulator“ spiegelt sich diese billige Waare wieder. Der „Regulator“ bezeichnet als die eigentliche Ursache der Waise des Bremerhavener Kollegen die Heranziehung der Oldenburg Formier in die Organisation, er geht darüber schamlos hinweg, daß es nur die Streikangelegenheit von tom Mühlen u. Seeböck war. Warum thut er das? Weil er ganz gut aus dem Artikel aus dem „Glück auf“ entnehmen konnte, daß unter diesen indolenten Streikbrechern auch einige Mitglieder des Gewerkevereins waren. Daß der „Regulator“ so gewissenlos ist und zum Schaden der Arbeiterschaft Stellung für die Direktoren nimmt, das haben uns die Vorgänge bei dem Güstrower Streik gezeigt. Gerade aber bei dem Güstrower Streik haben die Dundermänner in Berlin gesehen, daß unter ihren Schäfchen auch räubige sind, darum haben sie auch schamlos verweigert, was die eigentliche Ursache der Agitationsreise des Kollegen aus Bremerhaven war. Ein trauriges Handwerk, das der „Regulator“ treibt. Darum auf, Oldenburger Metallarbeiter, wolt ihr Euch im Kampfe um bessere Lebensbedingungen das Fell über die Ohren ziehen lassen, dann werdet immer „stott Mitglied bei den deutschen Gewerkevereinen.“ Wolt ihr aber unbestimmt um die glückseligen Blasse aller Zeitungsreptilien und der Zubasse in blauen Kitteln Eure wirtschaftliche Lage zu bessern suchen, um Eueren Kindern eine bessere Zukunft zu gründen, so tretet Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei.

Alpenrner.

Dortmund. Am 13. Oktober hielt die hiesige Sektion der Alpenrner eine öffentliche, mäßig besuchte Versammlung ab. Tagesordnung war ein Vortrag des Kollegen Hue-Offen: Ueber die heutige Lage im Bauhandwerk und speziell die der Alpenrner. Referent verband es, den Anwesenden ein getreues Bild von der Zeit der mittelalterlichen Rünfte bis zur heutigen Produktionsweise vor Augen zu führen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten in die Gewerkschaftskommission, wurde Kollege W. Wolff gewählt. Im „Verschleudern“ nahm Kollege Berger das Wort und wies zunächst die Angriffe des Alpenrnermeisters Deutmann zurück, die dieser gegen seine (Berger's) Person gemacht hat, ferner führte er eine vernichtende Kritik über die Deutmann'sche Bude. — Kollegen, wir richten an Euch den Mahnruf: Beherrigt die Worte des Referenten und agitiert unermüdet für den Verband, denn nur dieser kann unsere traurige Lage verbessern.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Eine kombinierte Mitglieder-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Hilfles Berlin und Umgebung) tagte am 14. Oktober in den Arminiallen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Hofmann eingehenden Bericht über die Brandenburger Metallarbeiter-Konferenz. Bei der darauffolgenden Wahl einer dreigliedrigen Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg wurden die Kollegen Berger, Mohrlad und Gebauer gewählt. Zum 2. Punkt hielt Herr Dr. Christeller einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über Berufskrankheiten. In eingehender Weise entledigte sich der Referent seiner Aufgabe. Er zeigte, wie die Berufskrankheiten in ganz eminentester Weise dazu beitragen, den Gesundheitszustand der Bevölkerung, speziell des arbeitenden Volkes zu untergraben. Ugenigende hygienische Arbeitsräume, einseitige Muskelanstrengung, intensive Lichtreize, überhaupt Schädigung der Sinnesorgane, extreme Temperaturverhältnisse, Einatmung von metallischen Staubstoffen, Einatmung schädlicher Gase,

das Ungerechte und Härteren mit giftigen Substanzen und das überaus reichliche Gebiet der Unfälle seien die Hauptursachen der beruflichen Krankheiten. Die durch die Wissenschaft aufgestellten Forderungen in gesundheitlicher Beziehung stehen zu der heutigen Praxis im direkten Gegensatz. Alle Ursache haben wir daher, das Feld des Arbeiterschutzes zu erweitern, der in heutigen Verhältnissen trotz alledem Evidenz bleiben wird und werden allein erst spätere, geordnetere Gesellschaftszustände hierin Rembour schaffen. Unter Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes stimmte die Versammlung folgenden zwei Anträgen zu: Bei Aufnahme von gewissen Streikbrechern von Fall zu Fall zu untersuchen und die darauffolgende Versammlung darüber entscheiden zu lassen, ob der Betreffende aufnahmefähig, und die gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlungen für die Zukunft nur an Sonnabenden stattfinden zu lassen. Kollege Kurgas machte die Vorschläge für das 4. Quartal ausgegebenen Karten „roth auf weiß“ aufmerksam, und Kollege Lange theilte die am 21. für den Norden stattfindende Generalversammlung und die am 23. für Centrum angelegte Mitglieder-Versammlung, Admiralstraße 18a mit, wo der Plan der Reorganisation der Berliner Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Erörterung findet.

Budapest. Endlich ist es uns gelungen, die Statuten des Landesverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns beim Ministerium einzureichen und können wir vom heutigen Tag ab provisorisch funktionieren. Durch den Landesverband haben wir aber auch das Band der Solidarität um die Branchengenossen aller Länder geschlungen und wir werden uns gegenseitig immer enger verknüpfen. Von jetzt ab können wir den Genossen des Auslands nicht nur durch eine geregelte Reiseunterstützung dienen, sondern durch Gründung einer Herberge werden wir ihnen auch ein Heim in der Fremde schaffen. Im Weiteren werden wir sie durch Arbeitsnachweis kräftig unterstützen. Unsere Hauptaufgabe wird es sein, im gleichen Schritt zu marschieren mit den Genossen aller Länder. Für das Exekutiv-Komitee der ungarländischen Metallarbeiter:

Andreas Drenbl.

Für den Verein der Eisen- und Metall-Arbeiter Budapest's: Barbara Kelenen.

Duisburg. Am 6. Oktober fand bei Krotz am Burgplatz unsere Mitglieder-Versammlung statt, welche sehr schlecht besucht war. Es ist wirklich traurig zu nennen, wenn von 86 Mitgliedern nur 14 anwesend sind, wie es den betreffenden Abend der Fall war. Wenn die Kollegen denken, alle acht Wochen ihrer Pflicht zu genügen, indem sie ihre Beiträge zahlen, so befinden sich dieselben in einem gewaltigen Irrthum, wir wöken nicht allein zahlende, sondern auch thätigste Mitglieder, die sich an den Verhandlungen betheiligen und auch den Verband in jeder Beziehung auszubreiten suchen. Besonders in jetziger Zeit, wo ein festes Zusammenhalten der Organisation dringender geboten ist. Wir finden deshalb eine solche Laune unberechenbar, unberechenbar noch, weil selbst ältere Mitglieder sich derselben hingeben und häufig in den Versammlungen durch ihre Abwesenheit glänzen. Nur durch rege Theilnahme und ein geschlossenes Vorgehen können wir Erfolge erzielen, besonders hier in Duisburg bietet sich uns noch ein großes Arbeitsfeld zur Ausbreitung für unseren Verband. Darum, Kollegen, werbet immer neue Mitglieder, agitiert für den D. M. V. und schenket keine Mühe, um unserer Sache zu dienen und sie zu fördern, denn vereint vermögen wir Alles, aber einzeln Nichts.

Friedland i. M. Die Zustände in dem Eisenwerk Friedland (Karl Moesler) erfordern dringende eine Beleuchtung. Von den hier beschäftigten Schlossern erhalten 3 bis 4 einen Stundenlohn von 22 1/2 J., die übrigen nur 20 J. Vor ca. 3-4 Wochen wurden 5 Schlosser und mehrere Formier für „dauernde“ Arbeit gesucht. Die Schlosser werden mit den sogenannten Hamburger Kasten beschäftigt — natürlich im Alford. Buerst gab es für den Kasten Nr. 9 50 J., dann 45 und endlich 40 J. Nicht genug damit, es fand sich sogar einer — der Arbeiter Potthammel, ein früherer Färbergeselle —, der die Kasten für 28 J das Stück fertigte, und der jetzt, wenn ein neuer Kollege, welcher noch nicht wie Potthammel einige Jahre darauf gearbeitet hat und demnach nicht eingearbeitet ist, dem leitenden Ingenieur stets zu Munde redet und sich jedesmal erbietet, die Kasten weiter für 28 J zu liefern und dennoch „sicheres Geld“ dabei zu verdienen. Bei solcher Arbeit lassen sich 7 bis 8 Kasten täglich fertigen (Kasten einpassen, bohren und vernieten incl. Bolzen machen), hat man aber mal Unglück und kriegt schlechte Kasten, dann werden keine 6 Stück fertig. Potthammel natürlich erklärt es für eine Kleinigkeit, 10-12 Kasten täglich zu schaffen und somit bei 28 J Alford einen Tagelohn von 2,80 bis 3 J zu verdienen. Bemerk-

sei noch, daß man hier für Kost und Logis ohne Ausnahme 9 M pro Woche bezahlen muß. Weiter läßt sich auch ein Bleiblingen vor dem neuen Maschinenmeister Bange, einem bleibenden Sachsen. Genannter ist seit ca. 8 Tagen hier als Meister und thut ja Alles, um sich in der Kunst seines Oberen recht fest zu nisten, gleichviel ob die Arbeiter geschädigt werden oder nicht. So wurde z. B. vor ca. 4 Tagen in den Werkstätten ein Plakat angeschlagen, laut welchem jetzt keine Kündigung mehr stattfinden. Bisher galt 14tägige Kündigung. Den Arbeitern wurde natürlich bei dem Anschlag der Plakate nichts gesagt und sollen sie es sich jetzt gefallen lassen, Knall und Fall entlassen zu werden. Genannter Meister Bange scheint nun von dem Inhalte des Plakates den ausgiebigsten Gebrauch machen zu wollen, denn äußert einmal ein Kollege, daß er mit dem Bohn nicht auskomme, so sagt Herr Bange gleich: „Gehen Sie vor und fordern Sie Ihre Papiere, wir haben genügend hier, die es gerne für den Ihnen nicht passenden Bohn machen.“ Meister Bange denkt eben so: Ist die Arbeit jetzt knapp, so fliegt Jeder, der mir nicht paßt, raus, Ersatz kriegen wir ja nachher doch wieder. Besonders hat Bange sein Augenmerk auf die Kollegen gerichtet, die sich i. Zt. weigerten, für 28 J Lohn per Stück zu arbeiten und nach verchiedenen Streiten den höheren Bohn von 45 J erlangt hatten. Wäre die Arbeit i. Zt. nicht äußerst eilig gewesen, dann hätte man die reitenden Arbeiter einfach rausgeschmissen und andere dafür arbeiten lassen. Einem Schlosser, welcher am letzten Montag ebenfalls Knall und Fall aufhören mußte und nachher seine 14tägige Kündigung verlangte, wurde befohlen, er solle schleunigst verduften, um nicht rausgeschmissen zu werden, ob seiner „Unverschämtheit“, 14 Tage Kündigung oder Bohn zu verlangen. Die Sache ist dem hiesigen Magistrat (Gewerbeamt) unterbreitet worden und wird der genannte Kollege schon zu seinem Gelde kommen. Was das vorhandene Werkzeug betrifft, so herrscht hier geradezu ein wahrer Jammer. Zwei Mann einen Hammer und damit soll man im Alford arbeiten. Fellen, auf dem Boden genügend, in der Werkstatt knapp 2 Sack zu finden; sie könnten ja abgenutzt werden und das Wieder-aufhauen kostet viel Geld. — Die hiesige Fabrikleitung muß sich wohl mit der Direktion der Waggonfabrik Güstrow in Verbindung gesetzt haben, denn in dem hiesigen Komptoir hängt auch eine gebrauchte Blise derselben Arbeiter aus, welche sich an dem Streik in Güstrow betheilt haben und in Folge dessen entlassen worden sind. Alle Kollegen seien hiermit vor dem Eisenwerk Friedland in Mecklenburg gewarnt.

Güstrow. Der Streik in der Mecklenburgischen Waggon-Fabrik dauert unverändert fort. Der Jugug von Metall- und Holzarbeitern ist strengstens fern zu halten.

Fiel. Am 17. Oktober fand eine glanzvoll gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Wiffell hielt eine Vorlesung über die Frage: Dürft sich eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern erreichen? Aus der Vorlesung einer Rede des Abgeordneten Bracalay im englischen Parlament ging hervor, daß überhaupt mit den Arbeitgebern nichts zu erreichen sei, sondern man müsse selbst Hand an's Werk legen und danach streben, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf gesetlichem Wege herbeizuführen. Sodann entspann sich über Punkt 3: „Der Güstrower Streik“ eine recht lebhaft Debatte. Es wurde namentlich von mehreren Kollegen recht scharf getadelt, daß die Situationsberichte seitens der „Metall-Arbeiter-Zeitung“ (soll doch wohl heißen: seitens des Streik-Komitees?) Denn wir können die Berichte doch nicht verfassen, sie müssen uns eingeholt werden. Und da klagen wir mit den kleiner Genossen insofern, daß uns die Berichte immer zu spät zugehen. Red.) recht mangelhaft und kurz gebracht würden, so daß man nicht wüßte, wie es mit dem Streik steht. So dann wurde die Frage aufgeworfen, ob die streikenden Metallarbeiter in Güstrow noch zu unterstützen seien. Hierauf wurde beantragt, zuvor eine Erkundigung über die Lage des Streiks einzuholen. — An den Bericht vom Gewerkschafts-Komitee knüpfte sich eine längere Diskussion. Kollege Friemann hebt hervor, daß unsere Zentralherberge zu klein und überhaupt nicht mehr der Zeit entsprechend sei. Des Weiteren wurde der Antrag, den ausgeperrten Brauere in Berlin 30 M zu überweisen, abgelehnt, indem doch erst unsere eigenen Kollegen in Güstrow zu unterstützen sind. Nachdem noch einige Sozialangelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Witz a. Rh. Leider sehen wir uns veranlaßt, die Spalten unseres Organs in einer Angelegenheit in Anspruch zu nehmen, wozu dieselben eigentlich nicht verwendet werden sollten. Wir wollen uns deshalb so kurz wie möglich fassen. Vor ca. 5 Wochen erließ die hier am Orte bestehende Statell-Kommission eine Bekanntmachung in der

„Ab. Zeitung“ (Parteiorgan), in welcher dieselbe die Gewerkschaften, welche im Lokale des Herrn Mebus, also in unserem Vereinslokal, tagten, indirekt aufforderte, sich ein anderes Lokal zu beschaffen, und gleichzeitig die reisenden Kollegen ersuchte, dieses Lokal zu meiden. Dieser Bekanntmachung folgte eine Anmerkung, welche besagte, daß dies den einzelnen Gewerkschaften bis zur nächsten öffentlichen Versammlung überlassen sei. In unserer nächsten Mittelberversammlung kam die Sache zur Sprache. Unser Bevollmächtigter hatte sich vorher beim Vorst. über den ganzen Vorfall mit der Kartellkommission informiert und legte derselben uns die Beschlüsse so aus, daß die Sache einen persönlichen Anstrich habe, und könnten wir ruhig die nächste Gewerkschaftsversammlung abwarten. Ein von unserem Vertreter gestellter Antrag, dahingehend, eine Lokalkommission zu wählen, welche sich nach einem anderen Lokale umzusehen habe, wurde daraufhin abgelehnt. Nach diesem Beschlusse rückte man uns von allen Seiten auf den Hals. In einem vorher beschlossenen gewöhnlichen Abend, welchen wir statt eines Stützungsfestes abhielten, weil uns zu einem solchen kein Lokal zur Verfügung stand, wurde uns die Annonce in der „Ab. Ztg.“ verweigert. (NB. Der Reinertrag war für die streikenden Kollegen in Gütrow bestimmt.) Eine zu derselben Zeit beschlossene öffentliche Kumpenversammlung konnte nicht stattfinden, weil Kollege Hofrichter (Redakteur der „Ab. Ztg.“) der das Referat hierzu übernommen hatte, absagen ließ, als es schon zu spät war einen anderen Referenten zu bekommen. Frau Schneider, welche uns für die nächste Versammlung einen Vortrag zu halten versprochen hatte und auch hielt, hat man ebenfalls auf der Redaktion zu bewegen gesucht, denselben nicht zu halten, mit der Motivierung: Es sei ein Spahn und ein Werkstoff gegen die Partei, wenn sie in einem solchen Lokale noch spreche. (Als ob wir irgendwo mit der politischen Partei in Verbindung ständen. Anmerk. b. C.) In obiger Versammlung versiegte sich ein Vertreter der Kartellkommission zu der Aeußerung: „Wir in der Kartellkommission stehen auf dem Standpunkte, daß es besser ist auf der Straße zu verkehren.“ als noch in einem solchen Lokale zu verkehren.“ Diesen Standpunkt konnten wir nicht theilen und verblieben ruhig bei unserem Beschlusse. Hier sei bemerkt, daß obiges Lokal sowohl den Gewerkschaften, wie der politischen Bewegung jedergelt und zu jeglichem Zweck zur Verfügung gestanden hat. Da kam endlich am 3. Oktober die öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Es wurden dort die Unregelmäßigkeiten, welche bei Mebus vorgekommen sein sollen, in einem Referat vorgeführt. Dieselben sollen schon seit Jahren vorgekommen sein, was doch lediglich Schuld der Kartellkommission war, denn dieselbe hat dafür zu sorgen, daß derartige Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. Nachdem der Vorst. nun gründlich hergenommen war, ging's über die Metallarbeiter her und wurden wir demselben bearbeitet, daß es nicht mehr schön war. Man sollte es kaum für möglich halten, daß sich organisierte Arbeiter solcher Ausdrücke bedienen, wie sie dort gefallen sind. Dadurch wurde die ohnehin schon erregte Stimmung der Metallarbeiter noch mehr gereizt. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher man sich mit dem Vorgehen der Kartellkommission einverstanden erklärte; ferner, daß sich die Metallarbeiter diesem „zu fügen“ haben. Leider haben sich die meisten unserer Mitglieder der Abstimmung enthalten, es stimmten nur einige dagegen. Es beweist dies, daß die Kollegen in diesem Moment die Tragweite genannter Resolution nicht erkannt hatten, sonst würden dieselben sicherlich einstimmig dagegen gestimmt haben. Es folgte nun am 9. Oktober unsere Mitgliederversammlung. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Lokalfrage. Zunächst wurden die Verhandlungen obiger Versammlung einer scharfen Kritik unterzogen; man sprach sich sehr mißbilligend über dieselbe aus. Es lief hierzu folgende Resolution ein: „Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Köln des D. M. B. weist die Vorwürfe und Beleidigungen der Kartellkommission sowohl, wie die der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, daß die Metallarbeiter in Betreff der Lokalfrage unsozialistisch und gemein gehandelt hätten, ganz entschieden zurück. Die Metallarbeiter sind sich viel mehr bewußt, sich jederzeit mit den organisierten Arbeitern Kölns und ganz Deutschlands moralisch und materiell solidarisch erklären zu haben.“ Dieselbe wurde mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Nachdem Schritt man zum eigentlichen Punkte; es wurde von verschiedenen Kollegen über ein aus von der Kartellkommission empfohlenes Lokal berichtet, und daß selbiges den Anforderungen, welche wir an ein solches stellen, durchaus nicht entspricht, daß wir vielmehr aus dem Regen in die Traufe laufen, und ein anderes Lokal recht momentan nicht zur Verfügung. Nach einer längeren Debatte, in welcher die meisten Kollegen ihre

Meinung vorbrachten und wobei besonders hervorgehoben wurde, daß wir auch solldarisch gegen unsere reisenden Kollegen sein müßten, daß wir dieselben doch nicht auf die Straße oder nach der Herberge zur Heimath weisen könnten, ließ ein Antrag ein, darüber abzustimmen, ob wir unser Lokal behaupten wollen oder nicht. Vor der Abstimmung forderte ein Vorstandsmitglied die übrigen Ortsbeamten auf, sich der Stimme zu enthalten, welches auch geschah. Die große Majorität entschied sich für Behauptung unseres Lokales. Wir sandten einen kurzen Bericht hierüber an die „Ab. Ztg.“, die Aufnahme desselben wurde ebenfalls verworfen. In der darauffolgenden Sitzung der Kartellkommission wurde beschlossen, daß die Metallarbeiter so lange ausgeschlossen sind, bis sie sich dem Beschlusse der öffentlichen Versammlung gefügt haben oder eine spätere öffentliche Versammlung anders beschließt.“ Kollegen allerorts! Die Ihr aus obigen Ausführungen ersuchen habt, ist noch Vieles faul im Staate Dänemark; es thut uns leid, den Raum unseres Blattes so sehr eingenommen zu haben, doch konnten wir uns nicht länger fassen, wollten wir Euch einleermachen über unsere Situation aufklären. Kollegen Kölns! Da wir nunmehr ganz auf uns selber angewiesen sind, so richten wir an Euch die bringende Bitte, eine kräftige, nach allen Seiten um sich greifende Agitation zu entfalten, um neue Streiter für unsere Organisation zu gewinnen, damit wir zeigen, daß die Metallarbeiter Kölns, wo es gilt, am Platze sind und ihre Rechte und Pflichten in jeder Beziehung zu wahren wissen. Ferner fordern wir Euch sowohl, wie die uns noch Fernstehenden auf, nur bei solchen Wirthen zu verkehren, bei denen die Arbeiterpresse aufliegt und deren Lokale der Arbeiterfrage zur Verfügung stehen. Dann werden wir nicht über Lokalmangel zu klagen haben.

München, 22. Okt. Laut Verfügung der Polizeidirektion München ist die hiesige allgemeine Verwaltungsstelle des „D. M. B.“ als politischer Verein erklärt worden (was einer Auflösung gleichkommt), weil in letzter Zeit die in dem Verein gehaltenen Vorträge einen stark politisch gefärbten Charakter gehabt haben sollen.

Offenburg, 16. Okt. Am 6. Oktober fand hier eine Metallarbeiterversammlung statt, die den Zweck hatte, eine Verwaltungsstelle des D. M. B. zu gründen. Bei der stattgehabten Vorstandswahl wurden gewählt: als Bevollmächtigter Joh. Leonhard, Feilenhauer, Gasthaus zum Schützen; als Kassier Karl Fetting, Blechner, Goldgasse; als Revisoren: Wilh. Schneider, Schmied, Paul Fischer, Schlosser, R. Messner, Schlosser. Das Verzeichniß befindet sich im „Gasthaus zum Schützen“. Die Verelustversammlungen finden in der Regel alle 14 Tage statt. Metallarbeiter, Kollegen, schließt Euch uns an, denn nur eine kräftige Organisation ist im Stande, Euch vor den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer zu schützen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Breslau. In der letzten Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer hielt Genosse Reultrich einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Gewerbeberichte. Alsdann wurde unter dem Punkt „Verschiedenes“ Klage geführt, daß unser Vereinswirth Herr Eulich sein Lokal zu den Versammlungen nicht mehr hergeben will. Man betraute eine Kommission mit der Erledigung dieser Sache. Kollege Reichelt sagt an wegen der Konferenz, die in diesem Jahre stattfinden soll. Bittel erwidert, der Beschluß von der vorigen Konferenz müßte hoch gehalten werden, welcher besagt, daß die Einberufung der Konferenz im Jahre 1894 der Ortsverwaltung von Breslau überlassen bleibe, denn die Konferenz sei nur von Nutzen für die Ausbreitung des Verbandes gewesen. Er wünscht, daß die Ortsverwaltungen sich damit befassen, wann die Konferenz stattfinden soll. Zu dem Sinne sprechen noch mehrere Kollegen. Nachdem noch auf den Gütrower Streik hingewiesen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung. — NB. Schwarze Rüssel! Vor der Gütrower Fabrikation sind an die hiesigen Waggonfabriken Listen mit den Namen sämmtlicher streikenden Kollegen geschickt worden.

Münsterberg. Sektion der Schlosser und Maschinenbauer. In der am 6. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung stand u. a. auch der Punkt: Erhöhung der Beiträge und Abschaffung aller Extrastuern auf der Tagesordnung. Zu diesem Punkt führte Kollege Günther Folgendes aus: Als der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1891 auf dem Frankfurter Metallarbeiter-Kongress gegründet wurde, hatte er von den über-tretenden Vereinen Altila und Passiva zu übernehmen. Es war dies für den in's Leben getretenen Verband eine schwere Aufgabe. Viele Vereine, welche Geld hatten, bestellten sich daselbst am Ort als Extrasteuern. Was durchaus nicht richtig war und entschieden zu verurtheilen ist. Weiter

kam als schwerwiegender Punkt noch hinzu, daß das Gründungsjahr ein schlechtes Geschäftsjahr war und hiedurch eine ungeheuer große Anzahl von Kollegen gezwungen war auf die Reise zu gehen, und so kam es auch, daß im ersten Jahre des Bestehens 47,612 M für Reiseunterstützung ausbezahlt wurden. Der Beitrag betrug damals 15 S, hievon wurden aber nur 10 S an die Hauptkasse abgehandelt. Von diesen konnte natürlich nicht alles bestritten werden. Außer der Reiseunterstützung wurden noch ausbezahlt 88,600 M für das Verband-Organ, 6000 M für Verwaltungskosten, Porto und Drucksachen, für Agitation nur der ganz minimale Betrag von 908 M, für Streikunterstützung nur 1287 M und für Unterstützung nach Paragraph 2c 205 M. An den ersten Punkten kann nicht mehr gespart werden, aber für die letzteren müßte unter allen Umständen mehr verausgabt werden. Wir müssen der Hauptkasse eine neue Einnahmequelle verschaffen, und dies kann nur durch Erhöhung der Beiträge geschehen. Wir müssen den wöchentlichen Beitrag auf 30 S erhöhen und alle Extrastuern abschaffen. Wenn wir kämpfen und siegen wollen, müssen wir auch Opfer bringen. Die Kollegen Hassel und Wähling sprachen sich im Sinne des Vorredners aus. Es wird auch von verschiedenen Rednern die Ansicht ausgesprochen, den Hinterbliebenen verstorbenen Kollegen ein Sterbegeld ausbezahlen. Kollege Großberger spricht sich gegen die allzu hohen Beiträge aus und glaubt, daß wir unseren Zweck damit verfehlen; über 20 S dürfen wir nicht hinaus, wenn wir mehr verlangen, halten sich uns die wenig verdienenden Kollegen fern. Kollege Scherm unterstützte die Ausführungen auf Erhöhung des Beitrages. Hierauf lief folgende Resolution ein: „Die am 6. Oktober 1894 tagende Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer beschließt, zur nächsten Generalversammlung des Verbandes folgende Anträge zu stellen: Die Generalversammlung möge beschließen: 1. Alle Extrabeträge sind aufgehoben. 2. Der regelmäßige Wochenbeitrag beträgt 30 S. — Die Generalversammlung möge ferner beschließen: Den Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes wird ein nach den Beitragsjahren abgestuftes Sterbegeld ausbezahlt.“ — Dieselbe wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Verbandsmitglieder allerorts werden ersucht, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen und ihre Meinung an dieser Stelle kund zu geben.

Schmiede.

Altona. In der Versammlung der Sektion der Schmiede vom 3. Oktober berichtete der Delegirte Bloch vom Gewerkschaftskartell. Der Bierhokst und die Unterstützung der Brauer und Klüper in Berlin und Braunschweig sei gebilligt und demgemäß beschlossen worden, Sammellisten anzugeben. Auch fäme in nächster Zeit ein Referat von Berlin, welcher die Ursache, den Zweck und den Stand des Bierkrieges in hiezorts stattfindenden Versammlungen klarlegen werde. Ferner machte er bekannt, daß der Streik der Schlotheimer Seiler zu deren Ungunsten beendet ist, Schuld daran sei lediglich die zu spät eingetretene materielle Hilfe und auch der zahlreiche Zugang von Streikbrechern. Betreffs dieser Sache wurde von den Kollegen Thiele und Wiedig angeregt, ob es nicht zweckmäßig erscheine, durch einzuschaltende Paragraphen dem Hauptvorstand zur Pflicht zu machen, derartige Streiks sofort mit Geld zu unterstützen. (Und wenn er kein Geld hat?) Ferner sei der Antrag eingegangen, welcher verlangt, Statistik zu führen über Einkommen und Arbeitslosigkeit. Kollege Bloch empfiehlt dieses, während Schönfeld es bekämpft; Beschluß hierüber wird nicht gefaßt. Weiter sei noch darüber diskutiert worden, ob Nichtkellner, d. h. Leute, welche außer ihrem Beruf, der nicht so viel einbringt, um davon leben zu können, sich noch Nebenverdienst als Kellner verschaffen müssen, auch der Organisation der letzteren angehören sollen oder nicht. Die Mehrzahl der Redner neigte der Ansicht zu, daß dies Jeder der Organisation schuldig sei. Beim 2. Punkt stellt Kollege Bloch den Antrag, ein Herbstvergügen abzuhalten zu lassen und wünscht Kollege Brodt die Musiker dazu von dem Musikerverein zu entnehmen. Dieser Antrag wird angenommen. Hierauf beantragt Schmidt, wegen fortgesetztem Mangel Besuch der Versammlungen die Tagung derselben im „Hamburger Echo“ zu versetzen. Schmidt wird aber vom Kassier Schulz darüber belehrt, daß dazu unser Geldbeutel zu schlaff ist und einige unserer Mitglieder im Bezahlen ihrer Beiträge zu nachlässig sind. Diese Ausführungen erreichen die Zurückziehung des Antrages. Schönfeld erregt nun noch die Versammelten, die kombinierten Mitgliederversammlungen, in welchen stets interessante Vorträge stattfinden, zahlreicher wie bisher zu erscheinen. Beim 3. Punkt wurde als nächste Tagesordnung bestimmt: Abrechnung vom 3. Quartal. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Verschiedenes. Hierauf erfolgt Schluß.

Feilenhauer.

Dukareff. Achtung Feilenhauer! Mit Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse sind wir verpflichtet, von Zeit zu Zeit die Fachkollegen vor Zugung nach hier zu warnen und sie zu erinnern, daß Angebote von Arbeitsstellen nur dann anzunehmen sind, wenn dieselben von der Arbeiterorganisation vermittelt werden. Zuwiderhandeln zieht den Verlust jeglicher Unterstützung und eventuell den Ausschluß aus der Gesamtorganisation nach sich. Unsere Warnung diesmal ausführlicher zu begründen, ist Zweck folgender Zeilen. „Arbeitgeber“ Meier, hier, welcher sich jedoch gern „Fabrikant“ und auch „Brodherr“ nennt, leidet es, Arbeiter, wie er sich ausdrückt, nach seinem Geschmacke kommen zu lassen, wozu er nebst allen erdenklichen Quellen vornehmlich die Meistergenossenschaften Oesterreich-Ungarns bedient. Er verspricht 6 Fr. Minimallohn, 9 oder 10 stündige Arbeitszeit, wie man es eben wünscht, humane Behandlung usw., was er auch auf Verlangen kontraktlich „bestätigt“. Wahr ist, daß 6 Fr. nicht Minimal-, sondern Maximallohn ist, welcher unter den hiesigen hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen es nur einem sehr ökonomisch lebenden Menschen ermöglicht, sein Leben zu fristen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, welche zwar mit einer 12-15stündigen hin und wieder abwechseln, damit die Arbeiter am Samstag auf Lohnzahlung hoffen dürfen. Nebenbei sei bemerkt, daß die eingegangenen Verpflichtungen von Seite des Arbeitgebers nicht innegehalten werden brauchen, für den ausländischen Arbeiter besonders gibt es hier kein Recht, was schwer in's Gewicht fällt, da Lohnrückstände schon öfter zu konstatiren waren. Ausländigen Verkehr mit Arbeitern kennt der Herr Fabrikant nicht, er kann auch Niemanden menschlich behandeln, da er wohl noch nie menschlich fühlte, er weiß nicht was das ist. Wie ein Despot in seinem Reiche, also herrscht er in seiner Werkstätte, und es ist eine Unmöglichkeit, alle die Fälle zu zitiren, in welchen Willkür, Banne und Frechheit mit einem ihm anhaftenden „Rappel“ so recht zum Ausdruck kamen. Die Verhältnissünderer, worauf Herr Meier sein Verhältnisspionirtsystem gegründet, steht in bester Blüthe und hat er zu dessen Erweiterung seinen Neffen Adolph Meier aus Wien kommen lassen, welcher seinem „Brodhern“ sich erbötig zeigen soll, gefügiges Arbeitsmaterial zur Genüge anzuliefern. Kürzlich hat der humane Herr einen seiner Arbeiter, welcher eben auch auf den Beim ging, an einem Montag ohne Grund entlassen, ohne Rücksicht, daß derselbe jeder Barschaft los war. Offenbar in der Hoffnung, Arbeiter zum Ueberflus zu bekommen, reduzierte Meier den Lohn und verlangte 15stündige Arbeitszeit, worauf zwei seiner Arbeiter abtraten, welche ebensogut wie ihr Vorgeher auf die Willkürlichkeit ihrer Kollegen Anspruch machten, um fortzukommen. Diese drei Genossen dürften wohl genügend wirken, daß von Oesterreich-Ungarn nicht so bald wieder Feilenhauer hergelschickt werden können, und rufen wir daher den Kollegen in Deutschland zu: Nehmt nur Arbeit durch Vermittlung der Fachorganisation, an welcher ihr eine gute Stütze habt. Dieser Mahnruf sollte nun so mehr von jedem Arbeiter Beachtung finden, weil, wie schon erwähnt, einzig die Fachorganisation für Recht und Schutz der Arbeiter eintritt.

Für die Feilenhauer Rumänien's: Der Verirreremann.

Zuschriften an den Verein sind zu richten an Leopold Stig, Straba Dulgbert Nr. 20, Dukareff.

Chemnitz. Es wird hiermit in Erinnerung gebracht, daß das Umschauen für Chemnitz und Umgebung streng verboten ist. Die reisenden Kollegen werden ersucht, im eigenen Interesse diesen Beschluß zu respektiren. Zuwiderhandelnden wird nicht nur unnahehaltlich das event. Geschenk entzogen, sondern sie werden noch in der „Metall-Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden. — In letzter Zeit ist es sehr häufig vorgekommen, daß jüngere Kollegen zugereist kamen, ohne einen Schlimmer von einer Organisation zu haben. Jeder organisierte Kollege muß es als Pflicht betrachten, seinen Nebenarbeiter, sofern er nicht organisiert ist, auf den Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation aufmerksam zu machen, damit nicht der junge, unorganisierte Kollege, jeglicher Unterstützungsmittel entbehrend, auf der Sandstraße umherirrt, dem Bettel überliefert wird oder sich noch schlimmeren Falls als Waffe gegen seine eigenen Kollegen gebrauchen läßt. Ferner muß mindestens darauf gesehen werden, daß der am Schluß der Beirzeit sich befindliche jugendliche Arbeiter so rechtzeitig Mitglied der Organisation wird, daß er nichtfalls schon bei seinem Auslernen bezugsberechtigtes Mitglied der Organisation ist. Dann werden obige Ruffworte von selbst verschwinden. Kollegen allerorts, tretet ein in die Reihen des zielbewußten, organisierten Proletariats. Grabe die Organisation der Feilenhauer, welche stets von anderen Gewerkschaften als Muster hingestellt wurde,

hat bebauerlicher Weise in der letzten Zeit von dem alten Ruhme viel eingebüßt. Das kann nicht so fortgehen, rafft Euch auf Kollegen aus Eurer Leihargie, bedenk, daß nur eine feste straffe Organisation es verhindern kann, daß unsere an und für sich schon sehr traurige Lage nicht eine noch schlechtere werde. Kollegen, laßt diesen kurzen Appell nicht ungehört vorüber gehen, sondern handelt, dann wird auch unser Ruhm wiederkehren. Worin das Zurückgehen unserer Mitgliederzahl seinen Grund hat, will ich hier nicht näher untersuchen; so viel aber ist gewiß, daß es dem Indifferentismus, dem Plegma der Kollegen selbst zum größten Teil zuzuschreiben ist. Ein ziel- und klassenbewußter Arbeiter steht nie unorganisiert da, auch wenn die Form der Vereinigung manchmal nicht streng nach seinem Geschmack ist. Die endgiltige Befreiung der Arbeit aus dem Sklavenjoch des Kapitals sei unser aller Ziel. Darum auf zur frischen That, zur Agitation für unsere Gewerkschaft.

Mit kollegialem Gruß
 v. d. Hirtze,
 Bevollmächtigter der Feilenhauer in Chemnitz,
 Luisen-Platz 16.11.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die Situation in Gütrow ist bis jetzt unverändert. Es ist dafür zu sorgen, daß jeder Zugang fern gehalten wird.

Trotz aller Gefahren von unternehmerischer Seite ist der Geist der Streikenden nach wie vor ein guter und wird ein guter bleiben, wenn sie in ihren Kollegen den nöthigen Rückhalt finden.

Folgende Mitgliedsblätter sind unglücklich und aufzuhalten:

- Nr. 41810 des Formers Friedrich Gabler, geb. zu Münster am 5. Okt. 1872,
- 66920 des Klempners Albert Gorka, geb. zu Danzig am 24. Januar 1865.
- 92543 des ? Heinrich Schler, geb. zu ? am ? ? ?
- 92544 des ? Christian Schler, geb. zu ? am ? ? ?

Ausgeschlossen nach § 3 Abs. 7a werden auf Antrag der Verwaltungsstelle Karlsruhe wegen Streikbruchs:

- Nr. 63498. August Munt, Metallbrüder, geb. zu Göttingen am 24. Juni 1875.
- 53518. Georg Daab, Metallbrüder, geb. zu Heroldsberg am 2. Jan. 1874.
- 44046. Hermann Schwarze, Kupferschmied, geboren zu Karlsruhe am 20. Oktober 1874.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gütrow wegen verschiedener schwindelhafter Manipulationen:

Nr. 3216. Gustav Rathow, Selbigeier, geb. zu Guben am 22. Dez. 1868.

Einem Ausgeschlossenen gleichzuachten und nicht wieder aufnahmefähig ist der Schlosser Josef Bräumer, geb. zu Dollenborn am 22. Mai 1862, Buch Nr. 397. Letzterer hat das ihm geschenkte Vertrauen dadurch schwer mißbraucht, daß er als Verwalter der von sämmtlicher Gewerkschaften Münchens (also auch der Metallarbeiter) auf eigene Rechnung betriebenen Zentralherberge in einem Zeitraum von wenigen Monaten ein Defizit von 2000 M machte, über dessen Entstehen er hinreichende Auskunft nicht zu geben vermochte. Die Sektion der Schlosser lud ihn zu seiner Rechtfertigung in ihre Mitgliederversammlung ein, um ev. über einen Ausschlußantrag an den Vorstand beraten zu können. Bräumer zog es vor, nicht zu erscheinen, sondern schriftlich seinen Austritt zu erklären, und blieb uns nichts weiter als der obige Schritt, um die Organisation vor weiterem Schaden durch ihn zu bewahren.

In letzter Vorstands-Bekanntmachung ist unter „Ausgeschlossen“ der Glaschner Johannes Conser, geb. zu Dinslaken am 12. August 1861, Buch Nr. 41846, aufgeführt. Die Zahl des Geburtsjahres ist natürlich unrichtig und in 1871 zu verbessern.

Der Mechaniker Jakob Kundel, geb. zu Gersbach, den 24. Juni 1872, Buch Nr. 13177, wird ersucht, uns umgehend seine Adresse anzugeben. Die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner, die etwas über seinen jetzigen Aufenthalt wissen, wollen dies sofort nach hier mittheilen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: **Holz- und Metallarbeiter von Gütrow, Nähmaschinenarbeiter von Altenburg** (Nähmaschinenfabrik von Wieselmann), **Klempner von Deuben** b. Dresden (Emaillierhütte Branne & Kreh), **Metall-drücker von Nürnberg** (Schöner, Metallwarenfabrik).

Die Metallarbeiter in Budapest haben wegen Lohnbifferenzen über die Firma

Esger W. & C. in Budapest den Boykott verhängt, es ist also auch nach dorthin der Zugang fern zu halten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Medlarstraße 160.1,
 zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongreßprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionen ist.
 Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Trotzdem wir bereits am 20. Dez. v. J. und nochmals am 26. April ds. J. d. jenigen Verwaltungsstellen brieflich gemahnt haben, welche mit dem am 4. Juni 1892 ausgegebenen Generalkommissionsmarken noch nicht abgerechnet hatten, haben nachstehend bezeichnete Verwaltungsstellen bis heute noch nicht abgerechnet und ersuchen wir hiermit dringend, dies baldigst zu thun, damit wir endlich in der Lage sind, mit der Generalkommission in Hamburg abzurechnen. Es stehen noch aus: Dresden-A. mit 74 St., Essen mit 280 St., Mühlhausen t. Thür. mit 40 St., Nürnberg, Reichzeugindustrie mit 38 St., Nemschels mit 145 St.

An die Metallarbeiter der Provinz Brandenburg.

Die Provinzial-Konferenz der Metallarbeiter für die Mark Brandenburg hat beschloffen, eine Agitations-Kommission von drei Personen einzusetzen, mit der Aufgabe, für mündliche und schriftliche Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband Sorge zu tragen und dessen Ausbreitung nach Möglichkeit zu fördern. Die Wahl der Kommission war den Mitgliedern der Berliner Verwaltungsstellen übertragen und ist am vergangenen Sonntag, den 14. Oktober, erfolgt.

Die unterzeichneten Gewählten richten nunmehr an die Metallarbeiter der Provinz Brandenburg die Aufforderung, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen. Die Aufgabe der Agitationskommission ist nicht nur, für Gründung neuer Verwaltungsstellen thätig zu sein, sondern auch die Erwerbung neuer Mitglieder für die bereits bestehenden Verwaltungen gehört zu ihrer Thätigkeit. Erfüllt werden kann die Aufgabe durch mündliche Agitation in öffentlichen Versammlungen, oder, wo zu solchen ein Lokal nicht zu beschaffen ist, bei den Zusammenkünften der Mitglieder, zu welchen Gäste Zutritt haben. Hand in Hand mit der mündlichen Agitation muß die Verbreitung von geeignet verfaßten Flugblättern gehen. Zu alledem ist es aber nöthig, daß die Kommission die Unterstützung der Kollegen findet. Die Kommission bedarf zu ihrer Thätigkeit der Kenntniß der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der Arbeitsverhältnisse überhaupt; sie bedarf der Mittheilung besonderer Mißstände in einzelnen Fabriken, gleichviel ob dieselben von den Unternehmern gesetzlich zu rechtfertigen sind oder nicht. Die Erhaltung und Ausdehnung einer Verwaltungsstelle hängt aber auch wesentlich von der guten Leitung derselben ab.

Daher hält sich die Kommission auch für verpflichtet und berechtigt, überall da mit Rath und That einzugreifen, wo ein Wunsch in Bezug auf die Behebung der Leitung einer Verwaltungsstelle, oder mit Bezug auf die Ausbreitung der Aufklärung geäußert wird.

Kollegen! Ein Jeder von Euch muß und wird einsehen, daß nur durch die weitestehende Verbreitung unseres Verbandes eine Besserung unserer Lage ermöglicht werden kann. Daher muß auch jeder Einzelne helfen. Ein Jeder kann uns Material der Art, wie es dieser Aufruf verlangt, zustellen. Ein Jeder kann uns Adressen von Kollegen angeben, welche bereit sind, an Orten, wo die Bewegung noch nicht Fuß gefaßt hat oder wohin noch kein Strohl der Aufklärung gebrungen ist, Versammlungen einzuberufen, Flugblätter zu verbreiten, oder sonstige für die Bewegung thätig zu sein. Ganz besonders aber erbitten wir die Unterstützung der Verwaltungsstellen in der Provinz.

Thue Jeder seine Schuldigkeit, so wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Die Agitationskommission der Metallarbeiter für die Provinz Brandenburg.

Karl Berger, Paul Gebauer, Hermann Mohrjad.

Alle Zuschriften sind zu richten an H. Mohrjad, Berlin O., Große Frankfurterstraße 75.

Vermischtes.

Der Bierboikott in Berlin hat eine bedeutende Verschärfung bekommen, weil die

Vertreter der Brauereien bei den mit der Boykottkommission am vorletzten Sonntag abgehaltenen Verhandlungen erklärten, daß die Mitterbräuereien darauf bestehen, daß mit Namen bezeichnete Arbeiter als wieder in Arbeit zu nehmen. Selbstverständlich konnten die Vertreter der Arbeiter den unter solchen Voraussetzungen angebotenen Frieden nicht akzeptieren und erklärten die beiden Reichstagsabgeordneten Singer und Auer mit vollem Rechte, daß sie ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der Brauereien niemals geben können, denn es würde eine solche Einwilligung für die Arbeiter nicht einen ehrlichen, sondern einen ehrlosen Frieden bedeuten. Die Verhandlungen wurden sofort abgebrochen, und die Arbeiterschaft Berlins wird nun den immer noch prologischen Mitterbräuern mit verdoppelter Energie zeigen, daß sie nicht Ursache hat, den Frieden zu suchen, sondern daß die Kapitalproben nachgeben und akzeptable Anerbietungen stellen müssen.

Zur Bekämpfung der englischen Trades Unions hat sich vor einiger Zeit auf Veranlassung von Unternehmern eine Vereinigung unter dem Namen „National Free Labour Association“ gegründet. Dieselbe hat ihren ersten Halbjahresbericht veröffentlicht. Es wird darin ausgeführt, der Zweck der Organisation sei, die „Freiheit der Arbeit“ aufrecht zu erhalten, unsinnige Arbeitseinstellungen zu verhindern und zur Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber“ beizutragen, die Arbeiter gegen die Tyrannei und die Diktatur der sozialistischen Vetter der Trades Unions zu schützen.“ Der Bericht hebt hervor, daß die Nothwendigkeit des Vorhandenseins einer solchen Vereinigung mehr als jemals durch Vorkommnisse während der Berichtsperiode dargelegt worden sei, denn bei fünf verschiedenen Gelegenheiten sei von verschiedenen Sektionen der Arbeiterpartei der Versuch gemacht worden, die Existenz von Arbeitervereinigungen zu vernichten oder die zur Unterwerfung zu zwingen, die es vorgezogen hätten, außerhalb der Bewegung, die unter dem Namen des Neu-Unionismus bekannt sei, zu bleiben. Es seien verschiedene Vereinigungen von außerhalb der Trades-Unions stehenden Arbeitern vorhanden, so die „Vereinigung der Angestellten der London and North Western Railway Company“, der Arbeiter der „Elstons-Works“, derjenigen der South Metropolitan Gas Company und viele andere. Ueber die Wirksamkeit der National Free Labour Association wird mitgeteilt, daß sie im Juni eine Versammlung von Arbeitern aus der Baubranche und verwandten Zweigen veranstaltet habe, in der eine Resolution zur Annahme gelangt sei, durch welche die Handlungsweise des „Works Committee“ des London County Council, bei den städtischen Bauten u. s. w. nur Mitglieder der Trades Unions zu verwenden, verurtheilt worden sei. Die Affoziation sandte auch in der Angelegenheit eine Deputation an das County Council und, obgleich das Works Committee zuerst leugnete, daß es Mitglieder der Trades Unions bevorzugte, so war doch schließlich bewiesen worden, daß sieben Mitgliedern der Deputation Arbeit verweigert wäre, weil sie keinem Gewerbe angehört hätten. Viele Mitglieder des Council seien dadurch sehr überzast worden und der Vorsitzende des Work Departement habe versprochen, daß eine Untersuchung über die Angelegenheit eingeleitet werden solle. Der Bericht theilt ferner mit, die Affoziation habe die Bestrebungen der Trades Unions ferner dadurch bekämpft, daß sie Widerspruch gegen die Forderung der Mitterbräuereien der Trades Unions beschärfen, Arbeiter für die Regierung abzutragen werden sollten. In der Angelegenheit sei bisher noch keine Entscheidung getroffen worden. Schließlich erwähnt der Bericht, daß es den Vorstellungen der Affoziation gelungen sei, den Antrag des London Trades Council, das Metropolitan Asylums Board möge jedem Kontrakt, den es zur Ausführung von Arbeiten abschließen, die Klausel hinzuzufügen, daß nur solche Arbeiter verwandt werden sollten, die der Trades Union angehörten, zu nichte zu machen; das Metropolitan Asylums Board möge jedem Kontrakt, den es zur Ausführung von Arbeiten abschließen, die Klausel hinzuzufügen, daß nur solche Arbeiter verwandt werden sollten, die der Trades Union angehörten, zu nichte zu machen; das Metropolitan Asylums Board habe mit einer Majorität von zwölf Stimmen beschlossen, diesem Antrage nicht stattzugeben. Das also nennt man für die „Freiheit der Arbeit“ eintritt, indem man die kapitalistische Willkür verteidigt!

Aus einer kanadischen „Musteranfrage“. Weil er angeblich „ein eifriger Anhänger der Sozialdemokratie“ sei, war der Stellmacher Neumann, welcher auf der Berliner Igl. Hauptlebensversicherung seit dem 12. September 1893 beschäftigt gewesen ist, von dem Betriebsdirektor Garbe am 29. März d. J. zum 12. April gekündigt worden. Neumann richtete darauf an den Direktor ein längeres Schreiben, in welchem er sich besonders darüber beschwerte, daß er, entgegen

den Bestimmungen der Arbeitsordnung nicht vor seiner Kündigung gekündigt worden sei, selbst jedem Verdrößer, so fügte der Gemahregelte hinzu, werde Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen. In diesen und einigen ähnlichen Aeußerungen fand der Vorgesetzte eine so grobe Verletzung der Disziplin, daß er Neumann am 4. April Mittags mit der Begründung sofort entließ, daß ein ferneres Verbleiben die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem Betriebe gefährde. Da die Kündigungsfrist noch bis zum 12. April lief, so sah sich der Direktor veranlaßt, dem Neumann für 7 Tage 4 Stunden eine Lohnschädigung von M 19.24 auszusprechen, indem er bei Berechnung derselben einen Tagesverdienst von M 2.60 zu Grunde legte. Neumann beanspruchte jedoch eine Entschädigung von M 80 und rief, da ihm diese Mehrforderung verweigert wurde, die Entscheidung des Gewerbegerichts an. Zum Termin war der Betriebsdirektor Garbe persönlich erschienen. Derselbe behauptete, daß der Kläger zu einem festen Tagelohn von M 2.50 eingestellt worden sei, welcher später auf M 2.60 erhöht wurde. Allerdings habe der Kläger thatsächlich täglich durchschnittlich M 3.92 verdient, aber nur dadurch, daß ihm gestattet wurde, in Alford zu arbeiten. Ein Recht auf diese Vergünstigung hatte aber der Kläger nicht. Es stehe dem Direktor nach der Arbeitsordnung frei, einen jeden Arbeiter auf Tagelohn zu legen. Nur unter Berücksichtigung dieser Bedingung sei die Lohnentschädigung zu bemessen. Auf die Frage eines Beisitzers, wie sich denn die Sache stelle, wenn ein Arbeiter den fixirten Tagelohn nicht erreicht, erklärt der Direktor, daß der betreffende Arbeiter dann nur denjenigen Betrag erhält, welcher ihm nach dem Alfordtag zusteht. Schließlich wird noch konstatiert, daß der Kläger niemals auf Tagelohn, sondern vom Tage seiner Einstellung an stets nur auf Alford gearbeitet habe. Auf Grund dieser Thatfachen beantragte der Kläger die Verurtheilung des Eisenbahnstakus. Nicht auf den vereinbarten Tagelohn, nach welchem seine Thätigkeit aber niemals bezahlt, sondern auf den Verdienst, den er thatsächlich im Alford erzielt, komme es an. Diesen Ausführungen schloß sich das Gewerbegericht nach zweifelhafter Berathung an und verurtheilte den Eisenbahnstakus zur Zahlung von M 9.77 (M 1.82 Nachzahlung pro Tag) an den Kläger. Außerdem wurde demselben für die drei in der Sache stattgehabten Termine eine Versäumlichkeitsstrafe von M 9.80 ausgesprochen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist soeben das 8. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Marrenstreiche. — Der bevorstehende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Von A. Bebel. — Aus den Vereinigten Staaten. Von F. A. Sorge. (Fortsetzung.) — Keinen Mann und keinen Groschen. Einige Betrachtungen über das bayerische Budget. Von Parvus. — Berliner Theater. — Notizen: Die deutschen Krankenkassen und ihre Thätigkeit. Wie die russische Regierung Kapitalisten züchtet. — Feuilleton: Anna Menzel. Eine Dienstmädchen-Geschichte. (Fortsetzung.)

Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze, herausgegeben von Eduard Fuchs, Verlag von W. Ernst, München. Soeben erschien Heft 7: Einfluß der Krisen und der Steigerung der Lebensmittelpreise auf das Gesellschaftsleben. Eine statistische Studie von J. S. 24 Seiten. 30 J. Diese Broschüre enthält sehr viel für die Agitation äußerst werthvolles Material und können wir die Anschaffung den Genossen nur dringend empfehlen.

Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW. Dentschstraße 2. Es ist zur Ausgabe gelangt: **Leipziger Bodovertrags-Prozess**. Heft 12. Preis pro Heft 20 J. Bestellungen nehmen noch jetzt alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungsbedienste oder die Verlagsbuchhandlung entgegen.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Dentschstraße 2). Nr. 38 vom 18. Oktober hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag. — Unsere Provinzial-Parteipresse. — Parteinachrichten. Lafargue's Referat über die Agrarfrage. (Kongreß zu Nantes 1894.) — Das französische Agrarprogramm. — Die Reichslosigkeit der Landarbeiter in Deutschland. — Industrie. — Arbeiterjugend. — Gewerkschaftliches. — Anträge zum Parteitag. — Wie man uns behandelt. — Lodenstoffe. — Litterarisches.

Soeben erschien das 8. Heft des kürzlich von uns angezeigten Werkes „Naturkräfte und Naturgesetze“ von Dr. Anton Lampy. (Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand in Wien, VI/1, Gumpendorferstraße 8.) Preis 20 J. = 12 kr. Das Heft enthält u. A. Ueber die Aggregatzustände. — Erklärung derselben durch die neuere Wärmelehre. — Carnot's Kreisprozess.

Die umkehrbare Maschine. — Das Perpetuum mobile. — Das Prinzip der Erhaltung der Energie. — Woher stammt die Sonnenenergie u.s.w. Bestimmungen auf das Werk, welches in ca. 12 Hefen vollständig sein wird, nehmen alle Buchhändler und Kolporteurs entgegen, sowie auch die Verlagsbuchhandlung.

Zur Verlag von F. S. W. Dieck in Stuttgart sind von der „Geschichte des Sozialismus“ bereits vier Hefen erschienen. Die ersten drei Abschnitte sind von R. Kautsky verfasst. Wir geben hier ein kurzes Inhaltsverzeichnis.

Im ersten Abschnitt behandelt Kautsky „den platonischen und den urchristlichen Kommunismus.“ Kap. 1 enthält. Der Idealstaat Platon's. 1. Plato und seine Zeit. 2. Plato's Buch vom Staat. Kap. II: Der urchristliche Kommunismus. 1. Die Wurzeln, 2. Das Wesen und 3. Der Verfall des urchristlichen Kommunismus. — Das Kirchengut im Mittelalter.

Der zweite Abschnitt enthält: „Die Lohnarbeiter im Mittelalter und im Zeitalter der Revolution.“ Kap. I: Die Entstehung eines freien städtischen Handwerkerstandes. 1. Die Obrigkeit. 2. Die Anfänge des Handwerks. 3. Die Kunst. — Kap. II: Die Handwerksgezellen. 1. Die Anfänge des Gesehens. 2. Behrting, Geselle, Meister. 3. Die Kämpfe zwischen Gesellen und Meistern. 4. Die Gesehensverbände. 5. Die städtische Arbeiteraristokratie. — III. Kapital und Arbeit im Bergbau. 1. Marjengossenschaft und Bergrecht. 2. Der kapitalistische Großbetrieb im Bergbau. 3. Die Bergarbeiter. — Kap. IV: Kapital und Arbeit in der Weberei.

Der dritte Abschnitt handelt von dem Kommunismus im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation. Kap. I: Der klösterliche Kommunismus. — Kap. II: Der lehrerliche Kommunismus. Sein allgemeiner Charakter. 1. Das Papsttum, der Mittelpunkt der Angriffe des lehrerlichen Kommunismus. 2. Der Gegensatz von Arm und Reich im Mittelalter. 3. Der Einfluss der christlichen Ueberlieferung. 4. Die Mystik.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung à 20 S. Probehefte und ausführlicher Prospekt sind durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu erhalten.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. S. W. Dieck Verlag) ist und soeben die Nr. 21 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Berichtigung zu dem Artikel „Agnes Wabnitz“ in Nr. 19 der „Gleichheit“. — Die Frauen und das Ausnahmegericht. — Nochmals „Moderne Elaverel“. — Die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich. Von Charlotte Glas, Wien. — Feuerketten: Die proletarische Gleichheit. Aus „Träume“ von Olive Schreiner. — Arbeiterinnenbewegung. — Litterarisches. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2660) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 S.; unter Kreuzband 85 S. Inzeratenpreis die zweispaltige Zeile 20 S.

Briefkasten.

Bukarest. Brief kostete 40 S Strafporto. F. Sch. Guttlingen. Die Verwaltungsstelle Bilingen besteht seit Anfang Juli ds. Jz.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Sonnabend, 27. Oktober, Versammlung im „Gold Löwen“. Tagesordnung im Lokal. — Die Restanten werden nochmals ersucht, ihren Pflichten nachzukommen, widrigenfalls denselben die Zeitung nicht mehr zugestellt wird. — Das ehemalige Mitglied Gustav Anderson, Schlosser, früher in Altenburg, jetzt in Reichenau, schuldet der Zahlstelle Altenburg 12 M. Da derselbe seinen Pflichten nicht nachkommt, so warnen wir sämtliche Kollegen vor Anderson. — Desgleichen fordern wir das ehemalige Mitglied Eduard Lehmann, früher in Saalfeld, jetzt in Altenburg, nochmals auf, seinen Pflichten nachzukommen, sonst müssen wir noch denselben an dieser Stelle mit Lehmann sprechen. Ortsverw. Altenburg.

Altona. (Sektion der Klempner u. v. B.) Dienstag, 30. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Narjes, Blumenstr. 41. — Die resignierenden Mitglieder werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Barmbeck. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Dienstag, 30. Okt., Abds. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.

D.: Vortrag über die wichtigsten Punkte des Alters- und Invaliditätsgesetzes. Kartellbericht. Abrechnung. Bericht von der kombinierten Vorstandssitzung.

Gannstatt. (Allg.) Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Ruffischen Hof“. L.O.: Eingahlung und Aufnahme. Vierteljährige Abrechnung. Verschiedenes.

Gannstatt. (Sektion der Former.) Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, Eingahlung bei Jakob Scholl, Blomardstr.

Darmstadt. Den Kollegen zur Nachricht, daß wir hier einen indirekten Arbeitsnachweis errichtet haben. Die Arbeitsstelle befindet sich bei unserem Bevollmächtigten Christoph Wurm, Brandg. 14. Wir ersuchen die Kollegen, alle freien oder freierwerbenden Stellen bemerken mitzutheilen. — Samstag, 8. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im Vereinslokal „Stadt Mannheim“.

Dessau. Sonnabend, 27. Okt., Versammlung bei Auner, Friedhofstraße 14. Tagesordnung im Lokal.

Döbeln. Sonntag, 4. Novbr., Vorm. 10 Uhr, Zusammenkunft auf der „Muldenterrasse“.

Dortmund. Sonntag, 28. Okt., Abds. 6 Uhr, bei Hühny, Römerpl., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Geschäftliches. Vortrag. Verschiedenes. — Behufs Revision der Bibliothek werden die Kollegen dringend ersucht, die Bibliotheksbücher in dieser Versammlung abzugeben.

Duisburg. Die Reiseunterstützung wird Abends von halb 8—9 Uhr bei Wirth Leonh. Morel am Bergplatz ausbezahlt. — Unsere Versammlungen finden jetzt regelmäßig am 1. und 3. Samstag im Monat statt. — Wir möchten die abreisenden Mitglieder ersuchen, wenn ihnen die persönliche Abmeldung unmöglich, dann wenigstens das Porto zum Nachsenden der Mitgliedsbücher beizufügen. Die Adresse unseres Kassiers ist: Konrad Bernards, Hochfeld, Hochfeldstr. 120.

Eisenach. Sonnabend, 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Gasthof zum frühlichen Mann“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Elbing. Sonntag, 4. Nov., Versammlung. L.O.: Vortrag. Vereinsangelegenheiten. Fragelasten. Verschiedenes.

Frankenthal. Samstag, 27. Oktober, Abds. 8 Uhr, bei Restler, Speyererstraße, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragserhebung. Abrechnung vom 3. Quartal. Abrechnung vom Stiftungsfest. Verschiedenes.

Göppingen. Samstag, 27. Okt., Versammlung in den „3 König“. Tagesordnung im Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher und die Bibliotheksbücher behufs Revision abzugeben. Wegen Regelung der Zeitungscolportage werden die Mitglieder aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.

Göttingen. Samstag, 27. Okt., im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Eingahlen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Wichtige Beschlusfassungen. Verschiedenes und Fragelasten.

Halberstadt. Sonnabend, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Vollmanns, Badenstr. 63. L.O.: Kassengeschäfte. Protokoll. Vortrag über: Mehrwerb. Diskussion. Fragelasten. Verschiedenes. — Der Bevollmächtigte wohnt von jetzt ab Gerberstr. 14.

Hammeln. Montag, 29. Okt., außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Unser Vertretungslokal nebst Herberge befindet sich Baustr. 52, woselbst selbst Jeder das Lokalgeld erhält.

Hamm i. W. Den Mitgliedern der hiesigen Verwaltungsstelle zur Kenntnis, daß sich die Wohnung des Kassiers S. Brücher Bantlerweg 10 befindet. — Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß daselbst, weil uns sonst kein Lokal zur Verfügung steht, jeden Sonntag Zusammenkunft ist.

Hannover. (Sektion der Gelbleber, Glätler zc.) Mittwoch, 31. Oktober, keine Versammlung.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 30. Okt., im „Hammonia-Gesellschaftshaus“, Höhe Bleichen 30, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Hannover. Montag, 29. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im kleinen Saale des „Ballhof“.

Harburg. Sonnabend, 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung im Lokal.

Heidelberg. Samstag, 27. Okt., im „Rothem Löwen“, Mitglieder-Versammlung. — Wir ersuchen die Mitglieder, welche am Stiftungsfest der Mannheimer Kollegen Theil nehmen, sich Abends halb 8 Uhr am Baarhof einzufinden zu wollen.

Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 3. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im „Saalbau“, gemeinschaftl. Mitglieder-Versammlung. L.O.: Erheben der Beiträge und

Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag über: Moses oder Darwin? Diskussion. Verschiedenes.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag, 27. Okt., Versammlung in der „Kaiser-Allee“.

Kiel. Mittwoch, 31. Okt., Abds. 8 Uhr, in den „Zentralhallen“, Alte Reihe 8, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 8. November, Mitglieder-Versammlung in den „Zentralhallen“, Alte Reihe 8. Tagesordnung im Lokal.

Kier (Ostfriesland). Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal bei Bwe, Sauthoff. L.O.: Eingahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Fragelasten. Verschiedenes.

Mühlhausen (Utsch). Sonntag, den 28. Okt., Nachm. halb 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal bei Christ (früher Boggenberger) Ecke der Straßburger- und Overtampstraße. Vortrag eines Mitgliedes über: Unsere Reichthümer.

Mühlheim a. Rh. Montag, 29. Okt., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Vortrag. Fragelasten und Verschiedenes.

München. (Sektion der Stiefmacher.) Sonntag, 28. Okt., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Eingahlung der Beiträge und Aufnahme. Nechenschaftsbericht. Vortrag. Allgemeines.

Neu Ruppin. Mittwoch, 31. Oktober, öffentliche Versammlung. L.O.: Unter Anderem: Wahl eines Delegirten der Metallarbeiter. Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreicher zu erscheinen als in der letzten öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, wo wirklich 4 Mann erschienen waren.

Pforzheim. Montag, 29. Okt., Abds. 8 Uhr, im oberen Saal des „Gold Löwen“, gemeinschaftl. Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag. Öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung. Stiftungsfest. Verschiedenes. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Sonntag, den 28. Oktober, die Barbier- und Friseur-Abendunterhaltung abhalten und wollen sich die Kollegen recht zahlreich daran betheiligen.

Rathenow. (Sektion der Brillen- und Binoculare.) Sonnabend, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, in der „Erholung“, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Kaffirung. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Verschiedenes.

Regensburg. Samstag, 3. November, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Reutlingen. (Allg.) Samstag, 3. Nov., Abds. 8 Uhr, Hauptversammlung im Lokal zum Gerberthor. L.O.: Eingahlung und Aufnahme. Verschiedenes. Fragelasten. Vortrag vom Kollegen Rejeble über: Zweck und Nutzen der Organisation.

Roslau. Sonnabend, 3. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Schulze, Lindenstr. Tagesordnung im Lokal.

Schöneberg b. Berlin. Mittwoch, den 31. Okt., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Rehner, Grunewaldstr. 110. L.O.: Vortrag. Diskussion. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes. Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder. — Das Vereinslokal ist bei Rehner, Grunewaldstr. 110.

Schwelm. Samstag, 3. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Karl Müller, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Beitragserhebung und Aufnahme neuer Mitglieder. Stellungnahme zum Gewerkschaftsartell. Stellungnahme zum Stiftungsfest. Zeitungscolportage. Verschiedenes. — Die Restanten werden aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen.

Stettin. Dienstag, 30. Oktober, Abends 8 Uhr, im Strudow'schen Lokal (Neue Brauerei), Mitglieder-Versammlung. L.O.: Beitragserhebung. Abrechnung vom 3. Quartal. Vortrag. Wo halten wir unsere Zahlabende und Versammlungen ab?

Stettin (Bentr.). Sonnabend, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, bei Buhrow, Rosengarten 6, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag. Verschiedenes.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“, Zimmer Nr. 21, Mitglieder-Versammlung.

Tübingen. Samstag, 3. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Anker“. Nichtmitglieder sind mitzubringen. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist vom 4. November an: Wilh. Gemaning, Schwärzlerstr. 1.

Witten. Sonntag, 30. Okt., Nachm. 5 Uhr, bei Dahn, Herbedestr. 8, Versammlung. L.O.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Beschlusfassung über: Wo und wie feiern wir am 2. Weihnachtstage ein Fest? Verschiedenes.

Glauhan. (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonnabend, 27. Okt., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung im Lokal.

Anzeigen.

Nachruf. Am 9. Oktober starb nach langem schwerem Leiden der Former Paul Bergner im 27. Lebensjahre. Beicht sei ihm die Erde. Die Mitglieder der Filiale Zeitz.

Achtung! Der Former Peter Hembach wird hierdurch ersucht, Familienverhältnisse halber seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Judwig Kikau, Bimback i. C. Marktstr. 4.

Das Buch Nr. 78,83, lautend auf Karl Bindenmayer, geb. 8. Juni 1876 zu Ulm a. D., eingetreten am 21. April 1894 in Ulm a. D., ist abhanden gekommen und somit unglücklich.

Ortsverwaltung Ulm, J. A.: B. Dieß, Schlosser, Olgastraße 110.

Wichtige Nachruf auf Weichblecharbeit und ein Arbeiter, welcher mit der Anfertigung von Blechenballagen sowie mit Bau- und Installationsarbeiten vertraut ist, finden Beschäftigung bei

S. Just, Blechwaarenfabrik, Karlsruhe.

Der Schlosser Josef Krösig aus Schöndbrunn, Buch Nr. 55886, wird ersucht, seine Adresse anzugeben, da sein Mitgliedsbuch hier eingetroffen ist.

Allg. Verwaltungsst. Hannover. Das Mitgliedsbuch Nr. 84095, auf den Namen Hermann Domes, Metallarbeiter, geb. den 4. November 1876 in Dürschen, eingetreten am 21. Juli 1894, ist in Kiel gestohlen worden. Es wird ersucht, dasselbe ev. aufzuhalten und an die hiesige Ortsverwaltung zu senden.

Ich bitte Karl Fuhrmann, Metallgießer, um seine Adresse.

H. A., Rbln, Zwirnerstr. 4.

Der Schlosser Albert Dransfeld, B. Nr. 63873, eingetreten am 16. Juni 1894 in Schleswig, jetzt angeblich in Uelzen, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungsstelle nachzukommen und sich abzumelden.

Ortsverw. Kauenburg (Elbe). Der Uhrmacher Karl Werner, geb. am 11. März 1878 zu Bilingen, B. Nr. 85898, eingetreten am 10. Juni 1894 in Schramberg, wird ersucht, seine Adresse hierher gelangen zu lassen, damit ihm sein Buch zugesandt werden kann.

Ortsverw. Schramberg. Das Mitglied Reinhold Helmig, Schlosser aus Schlesien, Buch Nr. 53613, wird aufgefordert, das aus der Bibliothek entnommene Buch Nr. 16 unverzüglich hierher zu senden, widrigenfalls wir andere Maßregeln ergreifen müssen.

Verwaltungsstelle Witten. Der Feilenhauer Karl Geithner aus Chemnitz wird ersucht, seinen Eltern ein Lebenszeichen zu geben. Alle Ortsverwaltungen werden um gefl. Mittheilung gebeten.

Karl Geithner, Chemnitz, Bimbacher Str. 83.

Ich ersuche den Klempner Friedrich Scharfowski, mir seine Adresse mitzutheilen.

Franz Chieme, Former, Gerblädi, Bretterstr. 29.

Der 10. Jahrgang (1892) der „Deutschen Metallarb.-Ztg.“ wird zu kaufen gesucht von Richard Elze, Vertriebsmann, Dessau, Franzstr. 32.

Quittungs-Marken

und Kautschuck-Stempel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg, G. Dorch-Bahn 45.

Seit 12 Jahren Lieferant sämtlicher bestehenden

Zentral-Franken-Gassen und ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, G. J. la. u. a. Americas.

Beste Bezugsquelle. Schnellste Bedienung. Solide Preise.

Der Versandt geschieht portofrei.